

- A 01
 Annahme
 Annahme mit Änderung
 Ablehnung
 verwiesen an

**14. Bundesdelegiertenversammlung,
03.-04.09.2012 in Recklinghausen**

Antragsteller: Bundesvorstand der
Senioren-Union der CDU Deutschlands



- Nichtbefassung

***Neufassung § 10 der Satzung der
Bundes-Senioren-Union***

1 **Die 14. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:**

2

3 §10 Der Bundesvorstand

4

5 (1) Der Bundesvorstand der Senioren-Union setzt sich zusammen aus:

6 1. dem Bundesvorsitzenden, den sechs Stellvertretenden Bundesvorsitzenden,
7 dem Bundesschatzmeister, dem Stellvertretenden Bundesschatzmeister und
8 dem Schriftführer, die den Geschäftsführenden Bundesvorstand bilden,

9 2. neunzehn Beisitzern,

10 3. den Vorsitzenden der Landes-Senioren-Unionen der CDU, soweit nicht dem
11 Bundesvorstand bereits Mitglieder aus dem jeweiligen Bundesland nach Ziffer 1
12 oder 2 angehören,

13 4. Ehrenvorstandsmitglieder mit Sitz und beratender Stimme.

14
15 (2) Die Mitglieder des Bundesvorstandes können sich nicht vertreten lassen.

16
17 (3) Der Bundesvorstand ist berechtigt, für die Dauer seiner Amtszeit nach seinem
18 Ermessen ständig oder im Einzelfall Gäste ohne Stimmrecht zu seinen Sitzungen
19 und seiner Beratung hinzuzuziehen.

20 Der Bundesvorstand benennt die Vertreter der Bundes-Senioren-Union in den
21 Gremien der CDU auf Bundesebene und in der Europäischen Volkspartei (EVP).

22 Der Bundesvorstand kann zu seiner Beratung und Unterstützung Fachausschüsse
23 bilden.

24

25 (4) Der Bundesvorstand beschließt bei seiner Konstituierung über die
26 Geschäftsverteilung und teilt diese den Landes-Senioren-Unionen der CDU sowie

27 dem Generalsekretär der CDU mit. Die Stellvertretenden Bundesvorsitzenden sind
28 verpflichtet, als Beauftragte des Bundesvorstandes für die Dauer ihrer jeweiligen
29 Amtszeit, bestimmte Aufgaben zu übernehmen, die im Beschluss über die
30 Geschäftsverteilung zu bezeichnen sind. Ihre Wahrnehmung ist im
31 Tätigkeitsbericht des Bundesvorstandes darzustellen.

32
33 (5) Der Bundesvorstand leitet die Bundes-Senioren-Union und führt die Beschlüsse der
34 Bundesdelegiertenversammlung durch. Er bestellt auf Vorschlag des
35 Bundesvorsitzenden und im Einvernehmen mit dem Generalsekretär der CDU
36 einen Bundesgeschäftsführer.

37
38 (6) Der Bundesgeschäftsführer leitet die Bundesgeschäftsstelle der Senioren-Union
39 und kann alle Rechtsgeschäfte vornehmen, die der ihm zugewiesene Aufgaben-
40 und Geschäftskreis gewöhnlich mit sich bringt (§30 BGB). Er nimmt an den
41 Sitzungen des Bundesvorstandes und des Geschäftsführenden Bundesvorstandes
42 beratend teil.

43
44 (7) Die Bundes-Senioren-Union wird gerichtlich und außergerichtlich vertreten durch
45 den Bundesvorsitzenden oder einen der Stellvertretenden Bundesvorsitzenden,
46 jeweils gemeinsam mit einem weiteren Mitglied des Geschäftsführenden
47 Bundesvorstandes.

48
49 **Votum der Antragskommission:**

50 Annahme

51

52 **Beschluss der 14. Bundesdelegiertenversammlung:**

53 Annahme

A 02

- Annahme
- Annahme mit Änderung
- Ablehnung
- verwiesen an

**14. Bundesdelegiertenversammlung,
03.-04.09.2012 in Recklinghausen**

Antragsteller: Kreisvereinigung Göttingen



- Nichtbefassung

Satzungsänderungen

- 1 **Die 14. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:**
- 2 Die Satzung der Senioren-Union der CDU-Deutschlands wird wie folgt geändert:
- 3
- 4 1. § 6 Abs. 5
- 5 In § 6 Abs. 5 wird Satz 2 ersatzlos gestrichen
- 6
- 7 2. § 8 Bundesdelegiertenversammlung
- 8 In § 8 Abs. 1 Nr. 1 werden nach dem Wort
- 9 „Kreisdelegiertenversammlung“ die Worte „sowie von
- 10 Mitgliedervollversammlungen“ eingefügt.
- 11
- 12 3. § 11 Schiedsgericht
- 13 Satz 1 wird gestrichen.
- 14 Satz 2 wird wie folgt geändert: „Für alle Streitigkeiten der Vereinigung sowie mit und
- 15 zwischen ihren Mitgliedern wird ein Schiedsgericht eingerichtet.“
- 16 In Satz 3 wird das Wort „unmittelbar“ durch „entsprechend“ ersetzt.
- 17
- 18 4. § 14 Übergangs- und Schlussbestimmungen
- 19 Bei § 14 Abs. 4 wird als Satz 2 angefügt: „Mit dem Beginn der Amtszeit des
- 20 neuen Vorstandes endet die Amtszeit des früheren Vorstandes.“
- 21
- 22 **Begründung:**
- 23 Zu 1. :
- 24 Satz 2 entsprach bei Gründung der Senioren-Union der CDU Deutschlands und Beschluss
- 25 der Gründungsversammlung am 20. April 1988 den tatsächlichen Verhältnissen in
- 26 Niedersachsen, nämlich aus den damals noch nicht existierenden Landes-Senioren-
- 27 Unionen der CDU Landesverbände Braunschweig, Hannover und Oldenburg eine

28 gemeinsame Senioren-Union der CDU in Niedersachsen zu bilden. Seit der separaten
29 Gründung der Landes-Senioren-Union Oldenburg und deren Gründungssatzung vom 15.
30 Dezember 1989 besteht diese Möglichkeit nicht mehr.

31

32 Die vorgeschlagene Änderung dient der Aktualisierung der Satzung.

33

34 Zu 2.:

35 Nach unserer Kenntnis werden die Vorstände und Delegierten vieler Kreisvereinigungen,
36 insbesondere der kleineren (beispielsweise mit bis zu 200 Mitgliedern) nicht von
37 Delegiertenversammlungen, sondern von Mitgliederversammlungen gewählt.

38

39 Die vorgeschlagene Änderung dient der Klarstellung.

40

41 Zu 3.:

42 Veranlassung für diesen Antrag sind einschlägige Erfahrungen der Kreisvereinigung
43 Göttingen.

44

45 Auf unseren Antrag vom 13. September 2010 und von weiteren 7 Antragstellern an das
46 Landesparteigericht der CDU-Hannover (LPG) mit dem die Wahlen und Beschlüsse der
47 Landesdelegiertenversammlung der Senioren-Union der CDU in Niedersachsen (SUN) vom
48 8. September 2010 angefochten wurden, dauerte es 11 Monate bis zur mündlichen
49 Verhandlung am 8. August 2011 und dann noch einmal 5 Monate bis zur Zustellung des
50 Beschlusses vom 2.1.2012 (LPG 1-8/10) Anfang Januar 2012, mit dem unserem Antrag
51 stattgegeben wurde. Wegen einer von den Antragstellern nicht beantragten, vom LPG
52 aber erfolgten Einsetzung eines Notvorstandes, wurde die Beschwerde an das
53 Bundesparteigericht (BPG) erforderlich, die dort am 6. Januar 2012 eingegangen ist.

54

55 Die mündliche Verhandlung vor dem BPG fand am 8. Mai statt und der daraufhin gefällte
56 Beschluss (CDU BPG 1/2012), mit dem die angefochtene Bestellung des Notvorstandes
57 aufgehoben wurde, datiert vom 17. Juli 2012.

58

59 Insgesamt hat das Verfahren 22 Monate gedauert und die Senioren-Union der CDU in
60 Niedersachsen ungebührlich lange handlungsunfähig gemacht.

61

62 Angeblich soll das darauf zurückzuführen sein, dass die Richter der Parteigerichte
63 ehrenamtlich tätig und beruflich stark eingebunden sind.

64
65 Das haben wir zur Kenntnis genommen und sind überzeugt, dass ein Schiedsgericht, das
66 nur für die Senioren-Union der CDU Deutschlands tätig ist, eine wesentlich kürzere
67 Verfahrensdauer benötigt; und zwar insbesondere dann, wenn es sich aus Mitgliedern der
68 Senioren-Union zusammensetzt.

69
70 Da die Parteigerichtsordnung (PGO) der CDU entsprechende Anwendung finden soll,
71 erübrigt sich eine entsprechende Ergänzung des § 9 der Satzung. Bei entsprechender
72 Anwendung des § 6 PGO der CDU müssten die Mitglieder des Schiedsgerichts der
73 Senioren-Union der CDU Deutschlands für die Dauer von maximal vier Jahren
74 (Bundesebene) von der Bundesdelegiertenversammlung gewählt werden.

75
76 Dieser Antrag dient der Beschleunigung und Effektivität der Schiedsverfahren.

77
78 Zu 4.:

79 Diese Satzungsänderung soll die Handlungsfähigkeit der Organisationsstufen
80 gewährleisten. Beispielsweise in den unter obiger Ziffer 3. geschilderten Fällen, wenn die
81 Wahl eines Vorstandes rückwirkend aufgehoben wird.

82
83 Die Bundes-Senioren-Union brauchte in diesen und in ähnlich gelagerten Fällen keinen
84 Gebrauch von ihrem Eingriffsrecht zu machen.

85
86 **Votum der Antragskommission:**

87 Zu 1. Ablehnung

88 Zu 2. Annahme mit Änderung in Zeile 10:

89 „Mitgliedervollversammlung“ wird durch „Mitgliederversammlung“ ersetzt

90 Zu 3. Überweisung an den Bundesvorstand der Senioren-Union

91 Zu 4. Ablehnung

92
93 **Beschluss der 14. Bundesdelegiertenversammlung:**

94 Annahme mit folgender Änderung im Votum der Antragskommission zu Punkt 4.:
95 Überweisung an den Bundesvorstand

A 03

- Annahme
- Annahme mit Änderung
- Ablehnung
- verwiesen an

**14. Bundesdelegiertenversammlung,
03.-04.09.2012 in Recklinghausen**

Antragsteller: Kreisvereinigung Oldenburg-Land



Nichtbefassung

Änderung der Satzung der Senioren-Union

1 **Die 14. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:**

2 Bisherige Fassung §5 (2) Rechte und Pflichten der Mitglieder

3 (2) Zu Vorsitzenden auf Kreisebene, zu Vorstandsmitgliedern und Delegierten auf Bezirks-,
4 Landes- und Bundesebene kann nur gewählt werden, wer auch Mitglied der CDU ist;
5 gleiches gilt für alle Delegierten der Senioren-Union der CDU in allen Organen und
6 Gremien der CDU und der Europäischen Volkspartei (EVP).

7

8 Die Senioren-Union der CDU Kreisvereinigung Oldenburg-Land schlägt nachfolgende
9 Änderung der Bundesatzung vor:

10

11 Neue Fassung des § 5 (2) Recht und Pflichten der Mitglieder

12 (2) Zu Vorsitzenden auf Kreisebene und zu Vorstandsmitgliedern auf Bezirks-, Landes- und
13 Bundesebene kann nur gewählt werden, wer auch Mitglied der CDU ist; gleiches gilt für
14 alle Delegierten der Senioren-Union der CDU in allen Organen und Gremien der CDU und
15 der Europäischen Volkspartei (EVP).

16

17 Diese Änderung bedeutet, dass Delegierte der Senioren-Union der CDU auf Bezirks-,
18 Landes- und Bundesebene nicht automatisch Mitglied der CDU sein müssen.

19

20 **Begründung:**

21 Die Senioren-Union ist innerhalb der CDU eine Vereinigung mit eigener Satzung sowie mit
22 eigenen Beiträgen (Haushalt).

23

24 Mit dieser Änderung würde die Senioren-Union der CDU bezüglich des Delegiertenstatus
25 die gleichen Rechte erhalten wie die Junge Union „Gleichheitsgrundsatz“.

26

27 Des Weiteren gibt es eine Anzahl von Senioren/Innen, die mit Überzeugung die
28 Grundsätze und Ziele der CDU vertreten, aber aus finanziellen Gründen nicht Mitglied der
29 CDU werden können, aber sehr wohl der Senioren-Union der CDU beitreten wollen und
30 auch auf übergeordneten Ebenen Bezirk-, Landes- und Bundesebene ihre Mitgestaltung
31 einbringen möchten.

32

33 Trotz dieser Satzungsänderung behält der §3 (1) sowie (3) seine zentrale Bedeutung bei.
34 Jedes Mitglied muss sich zu den Grundsätzen und Zielen der Senioren-Union der CDU
35 bekennen und darf nicht Mitglied einer anderen Partei sein.

36

37 Dieser Grundsatz wird ja bereits im §2 (1) und (2) 1. bis 5. festgelegt. Bei der Aufnahme
38 von Mitgliedern hat der Vorstand der Ortsvereinigungen eine sehr wichtige Funktion;
39 denn er prüft als Erster, ob die Neumitglieder bezüglich des § 2 (1) und folgende sowie § 3
40 (3) letztlich die Interessen der CDU vertreten.

41

42 Die Mitglieder der Senioren-Union der CDU können nach der Satzung der CDU die Politik
43 in dieser Partei in keiner Weise beeinflussen oder mit gestalten. Dies können nur
44 Mitglieder der CDU auf Mitgliederversammlungen oder Delegierte auf
45 Delegiertenversammlungen. In beiden Fällen ist eine Mitgliedschaft in der CDU zwingend
46 erforderlich.

47

48 **Votum der Antragskommission:**

49 Ablehnung

50

51 **Beschluss der 14. Bundesdelegiertenversammlung:**

52 Ablehnung

Leitantrag

B 01

- beschlossen
- abgelehnt
- verwiesen an

14. Bundesdelegiertenversammlung in Recklinghausen

Antragsteller: Bundesvorstand der
Senioren-Union der CDU Deutschlands

**Senioren
Union** CDU

- nicht befasst

Moderne Altersbilder als Grundlage für neue seniorenpolitische Leitlinien Die Potentiale der älteren Generation nutzen!

1 Die Deutschen werden immer älter! Hinter dieser einfachen Aussage verbergen sich gleich
2 zwei Tatsachen. Zum einen steigt die individuelle Lebenserwartung der Deutschen seit
3 Jahrzehnten kontinuierlich an. Heute beträgt die durchschnittliche Lebenserwartung in
4 Deutschland bei Männern 77,3 Jahre und bei Frauen gar 82,5 Jahre. Im Durchschnitt
5 beziehen die deutschen Männer dabei heute ca. 15 Jahre Rente, die Frauen sogar knapp 20
6 Jahre. Und immer häufiger erreichen sie das Rentenalter erfreulicherweise bei guter
7 Gesundheit, hoher Mobilität und noch immer großer Leistungsfähigkeit. Die damit
8 verbundene Chance der gewonnenen aktiven Jahre möchten viele Ältere in unserer
9 Gesellschaft nutzen, um sich aktiv für das gesellschaftliche Wohl zu engagieren.

10
11 Die steigende Lebenserwartung und die seit Jahren auf niedrigem Niveau stagnierenden
12 Geburtenraten führen dazu, dass es in unserer Gesellschaft in Zukunft immer weniger
13 junge und immer mehr ältere Menschen geben wird. Wir wollen die demografische
14 Entwicklung als Chance begreifen und die Potentiale des Alters stärker nutzen!

15
16 Die Politik ist daher aufgefordert, verstärkt ihr Augenmerk auf die Gestaltung einer
17 aktiven Gesellschaft zu legen, in welcher allen Generationen die gleiche Chance auf
18 Teilhabe geboten wird. Durch die Förderung generationenübergreifender Projekte und
19 bürgerschaftlichen Engagements in allen Altersgruppen lässt sich das Miteinander von
20 Jung und Alt stärken und gegenseitiger Respekt und Wertschätzung entwickeln. Die
21 stärkere Einbindung der Älteren in die Arbeit von Vereinen und Bürgerinitiativen sind
22 richtige Ansätze. Doch dafür ist es notwendig, die entsprechenden Rahmenbedingungen
23 zu setzen.

24

25 **Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, Zeichen für eine stärkere Wertschätzung**
26 **des ehrenamtlichen Engagements zu setzen und vor diesem Hintergrund**
27 **Möglichkeiten für eine bessere steuerliche Anerkennung des Ehrenamtes zu schaffen.**
28 **Auch im Rahmen ehrenamtlicher Tätigkeit muss es möglich sein, bspw. ein**
29 **notwendiges Arbeitszimmer, die verwendeten Materialien und die aufgewendete Zeit**
30 **steuerlich geltend zu machen.**

31
32 Bereits im „6. Altenbericht der Bundesregierung“ wurde auf die Bedeutung von
33 Altersbildern in unserer Gesellschaft hingewiesen. Dort heißt es: „Die Zukunft des Alters
34 hängt in erheblichem Maße von Altersbildern ab.“ Altersbilder als individuelle und
35 gesellschaftliche Vorstellungen vom Alter, vom Altern und von älteren Menschen sind in
36 einer pluralistischen und differenzierten Gesellschaft keine festen Konstanten, sondern
37 divergieren innerhalb der Gesellschaft zum Teil erheblich. Ihre Bedeutung erhalten die
38 Altersbilder als Grundlage zur Betrachtung und Interpretation der gesellschaftlichen und
39 individuellen Situationen und Bedürfnisse älterer Menschen, aus denen die konkreten
40 Erfordernisse und Entscheidungen in der Generationen- und Seniorenpolitik abgeleitet
41 werden.

42
43 Eine verantwortungsvolle und gerechte Politik gegenüber den älteren Menschen in
44 unserer Gesellschaft muss dabei die Vielfalt des Alters und des Alterns gebührend
45 berücksichtigen. Denn ebenso wenig wie junge Menschen einander gleichen, ist dies bei
46 den älteren der Fall. Tendenziell nehmen die Unterschiede zwischen den Menschen im
47 Laufe eines Lebens sogar eher zu, statt ab. So ergeben sich etwa aus Unterschieden im
48 Gesundheitszustand, dem Bildungsstand, der materiellen Lage, dem beruflichen
49 Werdegang, den Interessen oder dem sozialen Umfeld zwangsläufig unterschiedliche
50 Bedürfnisse, Erwartung und Anforderungen an das Leben im Alter.

51
52 Um unsere Gesellschaft altersfreundlich zu gestalten, ist es deshalb unabdingbar, dass sich
53 die politisch Verantwortlichen in ihren Entscheidungen durch differenzierte Altersbilder
54 leiten lassen und die Vielfalt des Alters beachten. Ein bedeutsamer Schritt auf diesem Weg
55 wäre eine Flexibilisierung des Renteneintrittsalters und der Wegfall gesetzlicher
56 Altersgrenzen für die Ausübung bestimmter Berufe (z.B. Richter, Bürgermeister, Schöffen,
57 Ärzte) zugunsten einer stärkeren Berücksichtigung der individuellen Leistungsfähigkeiten
58 und Lebensplanungen.

59
60 Da durch starre Altersgrenzen die für unsere Gesellschaft unverzichtbare Arbeit der
61 Senioren erheblich behindert wird, fordern wir deren konsequente Abschaffung und damit
62 ein Ende dieser inakzeptablen Form der Altersdiskriminierung. Die Politik und die
63 Wirtschaft sind des Weiteren dazu aufgefordert, gemeinsam Konzepte und Maßnahmen zu
64 erarbeiten und umzusetzen, die die Arbeits- und Erwerbsbedingungen von Senioren
65 verbessern und auf diese Weise die Erfahrungen und Kenntnisse älterer Menschen als
66 Ressource für sozialen und ökonomischen Fortschritt erhalten und nutzbar machen.

67
68 **Deshalb fordern wir, eine Quote für die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer in den**
69 **Unternehmen und die Aufnahme eines expliziten Verbots der Benachteiligung**
70 **aufgrund des Lebensalters in den Artikel 3 des Grundgesetzes, um die Rechte und die**
71 **Chancen der Älteren in unserer Gesellschaft und Arbeitswelt nachhaltig zu stärken.**

72
73 Um differenzierte und positive Altersbilder zu vermitteln und im gesellschaftlichen
74 Bewusstsein nachhaltig zu verankern, ist der Beitrag der Massenmedien unverzichtbar.
75 Damit positive Altersbilder allerdings nachhaltig erfolgreich sein können, müssen diese
76 Darstellungen auch auf entsprechende Meinungen und Ansichten in der Bevölkerung
77 treffen. Deshalb muss schon in der kindlichen und frühkindlichen Bildung auf die
78 Kommunikation positiver und moderner Assoziationen gegenüber älteren Menschen
79 geachtet werden, in welchen der Lebensabschnitt Alter nicht sofort mit Krankheit,
80 Gebrechen und Hilfebedürftigkeit verbunden ist, sondern vor allem auch mit
81 Lebensfreude, Erfahrung, Kreativität und Tatkraft.

82
83 Von besonderer Wichtigkeit ist es, den Menschen so lange wie möglich ein
84 selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Denn, wer in der Lage ist, für sich selbst
85 Verantwortung zu tragen, kann im nächsten Schritt auch Verantwortung für seine
86 Mitmenschen übernehmen. Dabei ist zunächst Eigenverantwortung in Form von
87 Maßnahmen zur aktiven Gesunderhaltung und zur Prävention von Erkrankungen gefragt.
88 Bewegung und regelmäßige sportliche Betätigung stärken soziale Kontakte und
89 Bindungen, erhalten die physische und psychischen Leistungs-fähigkeit und sorgen somit
90 für eine lange selbstbestimmte Lebensführung.

91

92 Die Pflicht des Staates besteht darin, die geeigneten Rahmenbedingungen für eine solche
93 selbst- und mitverantwortliche Lebensführung zu gestalten, bspw. durch Angebote, die
94 Bildung ermöglichen, durch die altersgerechte Sanierung öffentlicher Gebäude und der
95 Infrastruktur als auch durch die Förderung altersgerechter Wohnbauprojekte. Außerdem
96 sollten weitere Schritte unternommen werden, um bürgerschaftlichen Engagements und
97 ehrenamtlicher Tätigkeit eine größere gesellschaftliche Anerkennung zu verschaffen und
98 damit deren Attraktivität auch für ältere Menschen zu steigern. Politische Parteien und
99 Bürgerinitiativen müssen – wollen sie auch in Zukunft erfolgreich sein – offener auf die
100 Älteren zugehen und auf deren Angebote zur Unterstützung und Mitarbeit stärker
101 zurückgreifen.

102
103 Mit der wachsenden Zahl Älterer, die immer öfter auch bei guter Gesundheit älter werden,
104 wächst auch das Bedürfnis, sich individuell weiter- und fortbilden zu können, unabhängig
105 vom eigenen Alter. In einer Gesellschaft des „lebenslangen Lernens“, in denen die Älteren
106 zukünftig immer stärker gebraucht werden, muss gewährleistet sein, dass Ältere –
107 unabhängig von der Höhe der Rente – kostenlos oder zumindest zu sehr günstigen
108 Konditionen Angebote von Bildungseinrichtungen wahrnehmen können.

109
110 So wie Bildung nicht erst mit dem Gang in die Schule beginnt, genauso endet Bildung im
111 Leben nicht mit dem Schul-, Ausbildungs- oder Universitätsabschluss. „Lebenslanges
112 Lernen“ ist für viele Menschen bereits heute zur Selbstverständlichkeit geworden. Es liegt
113 vor allem an den Universitäten und Hochschulen, den Volkshochschulen, aber auch an
114 privaten Bildungsträgern, entsprechende Angebote bereitzustellen, um das Bedürfnis
115 vieler älterer Menschen nach Bildung und Weiterbildung zu befriedigen und ihre geistige
116 Fitness zu erhalten. Von ganz besonderer Bedeutung sind Angebote zu Erhöhung der
117 Medienkompetenz, da der Zugang und der sichere Umgang mit dem Internet und den
118 Neuen Medien eine zentrale Voraussetzung für die soziale Teilhabe – auch und gerade für
119 ältere Menschen – an unserer modernen Gesellschaft darstellt. Auch in diesem
120 Zusammenhang können zivil-gesellschaftliches Engagement und ehrenamtliche
121 Tätigkeiten Lernanreize bieten und die Motivation dazu stärken.

122
123 Ferner ist es ein Gebot der Stunde, stärker als bislang die Altersforschung zu fördern und
124 auszubauen Auch wenn hier in der jüngeren Vergangenheit Fortschritte erzielt und die
125 Anstrengungen intensiviert worden sind, wissen wir – und weiß die Gesellschaft insgesamt

126 – immer noch zu wenig über die Lebenswelten, Gewohnheiten und Wünsche älterer
127 Mitmenschen.

128
129 Ein großer Teil älterer Menschen ist auf die Unterstützung und Hilfe aus dem sozialen
130 Umfeld und der Gesellschaft bei ihrer Lebensführung angewiesen. Unser Ziel muss es sein,
131 diesen Menschen so lange wie möglich den Aufenthalt in ihrem gewohnten Lebensumfeld
132 zu ermöglichen. Deshalb müssen altersgerechte wohnbauliche Veränderungen und mobile
133 Betreuungskonzepte gestärkt und weiterentwickelt werden. Ein erheblicher Teil der
134 Betreuung und Pflege älterer Menschen geschieht allerdings nicht durch stationäre oder
135 mobile Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen, sondern durch die Angehörigen. Diese
136 verantwortungsvolle Aufgabe verdient eine größere gesellschaftliche Anerkennung und
137 eine stärkeren arbeits- und sozialrechtliche Unterstützung durch die Politik und die
138 Arbeitgeber. Wünschenswert wären zudem passgenaue professionelle entlastende
139 Angebote für überforderte Angehörige, weil der Familienverband an sich dies in Zukunft
140 immer weniger leisten können wird. Den Problemen im Bereich der Pflege, die durch
141 Überforderung der Angehörigen verursacht werden, könnte durch entsprechende
142 Hilfsangebote präventiv entgegengewirkt werden.

143
144 Innerhalb der Pflegeeinrichtungen muss die Qualität der Pflege ständig entsprechend der
145 neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse verbessert und Sorge dafür getragen werden,
146 dass die Mitarbeiter der Vielfalt des Alters und der unterschiedlichen Bedürfnisse der
147 älteren Menschen ausreichend Rechnung tragen.

148
149 **Deshalb fordern wir die zügige Umsetzung der Reform der Pflegeversicherung, um**
150 **auch zukünftig eine gesicherte finanzielle Grundlage für eine qualitativ hochwertige**
151 **Pflege in Deutschland zu gewährleisten. Dazu gehört auch, die Anerkennung der**
152 **Pflegezeit in der Rente.**

153
154 Von entscheidender Bedeutung für die Menschen gleich welchen Alters in unserer
155 Gesellschaft ist die Garantie der sozialen Sicherheit im Alter. Bereits heute arbeiten nach
156 neuesten Zahlen 660.000 Rentner in einer geringfügigen Beschäftigung. Dabei muss aber
157 auch beachtet werden, dass nicht alle diese älteren Menschen aufgrund einer sozialen
158 Notlage einer zusätzlichen Beschäftigung nachgehen. Viele von ihnen fühlen sich nicht reif
159 für den Ruhestand und vollbringen auf diese Weise wichtige Dienste für unsere Wirtschaft

160 und Gesellschaft. Gerade mit Hinblick auf den sich in Zukunft vermutlich verstärkenden
161 Fachkräftemangel sind die Fähigkeiten und Erfahrungen älterer Arbeitnehmer
162 unverzichtbar.

163

164 Dennoch darf der Gesetzgeber das Thema Altersarmut nicht unterschätzen, denn
165 tendenziell werden die durchschnittlichen gesetzlichen Renten eher sinken. Für viele
166 Menschen wird sich dieser Trend noch verstärken aufgrund langjähriger gering bezahlter
167 Beschäftigung bzw. von Lücken in der Erwerbsbiographie. Es wird künftig mehr
168 Alleinstehende geben, Familienformen verändern sich, die Zahl der Beamten wird sinken.
169 Dem gegenüber wächst die Kluft zwischen den Wohlhabenden und den sozial Schwachen,
170 die Schere zwischen arm und reich geht weiter auseinander. Deshalb kann das Drei-
171 Säulen-Modell in Zukunft nicht in der bisherigen Form fortgeführt werden.

172

173 **Deshalb fordern wir: Das System der Rentenversorgung zu reformieren, denn in**
174 **Zukunft wird eine den Lebensstandard sichernde Rente nicht mehr möglich sein, da die**
175 **Inhomogenität der Familien- und Erwerbsbiografien noch mehr zunehmen werden.**

176

177 Trotzdem müssen Anreize für eine zusätzliche private Altersvorsorge geschaffen und die
178 Hinzuverdienstgrenze für Rentner großzügiger gestaltet werden, wodurch die
179 Eigenverantwortlichkeit der noch arbeitsfähigen Senioren gestärkt und zur Beschränkung
180 der Altersarmut besser genutzt werden kann.

181

182 Zur Minderung der Altersarmut, vor allem in Ostdeutschland, müssen die
183 unterschiedlichen Lebensläufe und Erwerbsbiografien der Menschen für die von der
184 Bundesregierung geplante Zuschussrente ebenso berücksichtigt werden wie die
185 vollständige rentenrechtliche Anerkennung der Erziehungsleistungen – auch für die vor
186 dem 1. Januar 1992 geborenen Kinder.

187

188 Ferner sind die Tarifpartner aufgefordert, das Thema der drohenden Altersarmut bereits
189 heute in den Tarifverhandlungen und -verträgen stärker zu berücksichtigen.

190

191 Das alles zeigt uns: Wer heutzutage das Rentenalter erreicht hat, gehört noch lange nicht
192 zum „alten Eisen“! Die älteren Menschen von heute können und wollen wertvolle Beiträge

193 für das gesellschaftliche Leben in Deutschland leisten. Sie wollen gebraucht werden – und
194 sie werden gebraucht!

195

196 **Votum der Antragskommission:**

197 Annahme mit Änderung in Zeile 118: „zentrale“ wird durch „wichtige“ ersetzt

198

199 Zum Änderungsantrag Schleswig-Holstein B 02

200 Annahme mit folgender Änderung:

201 In Zeile 27 wird das Wort „steuerlich“ gestrichen

202 Die Zeilen 28-30 werden ersatzlos gestrichen

203

204 Zum Änderungsantrag Hamburg B 03

205 Zu 1. und 2. Ablehnung

206 Zu 3. Ablehnung

207 Zu 4. Ablehnung, da zu detailliert

208 Zu 5. Annahme

209 Die Zeilen 150-151 werden wie folgt ersetzt:

210 Zwischen die Worte „Pflege“ und „in Deutschland“ wird eingesetzt: „...und

211 Verbesserung der Rahmenbedingungen für das, in diesem Bereich eingesetzte

212 Pflegepersonal...“

213

214 **Beschluss der 14. Bundesdelegiertenversammlung:**

215 Annahme bei folgender Änderung: Im Änderungsantrag Schleswig-Holstein B 02 wird in

216 Zeile 182 „vor allem in Ostdeutschland“ ersatzlos gestrichen

Änderungsantrag zum Leitantrag

B 02

- beschlossen
- abgelehnt
- verwiesen an

14. Bundesdelegiertenversammlung in Recklinghausen

Antragsteller: Senioren-Union Schleswig-Holstein



nicht befasst

**Moderne Altersbilder als Grundlage für neue
seniorenpolitische Leitlinien
Die Potentiale der älteren Generation nutzen!**

1 **Die 14. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:**

2 1. Die Zeilen 25-30 werden ersatzlos gestrichen

3

4 2. In Zeile 68 wird hinter „Deshalb fordern wir“ „eine Quote für die Beschäftigung
5 älterer Arbeitnehmer in den Unternehmen“ gestrichen und: „Rahmenbedingungen
6 zur Verträglichkeit von Alter und Beruf“ eingefügt

7

8 3. In Zeile 147 wird am Ende hinzugefügt: „Die Qualitätsprüfung der
9 Pflegeeinrichtungen muss sich stärker an Ergebnisqualität orientieren und weniger
10 an der Dokumentation. Die bestehende Überbürokratisierung im
11 Prüfungsverfahren ist abzubauen. Die Ausbildungskosten der Pflegekräfte sind von
12 den Einrichtungsträgern zu erbringen, wie es in allen anderen Berufen üblich ist.

13

14 **Votum der Antragskommission:**

15 Siehe Antrag B 01

16

17 **Beschluss der 14. Bundesdelegiertenversammlung:**

18 Siehe Antrag B 01

Änderungsantrag zum Leitantrag

B 03

- beschlossen
- abgelehnt
- verwiesen an

- nicht befasst

14. Bundesdelegiertenversammlung in Recklinghausen

Antragsteller: Senioren-Union Hamburg

**Senioren
Union** CDU

**Moderne Altersbilder als Grundlage für neue
seniorenpolitische Leitlinien
Die Potentiale der älteren Generation nutzen!**

1 Die 14. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:

2 1. Streiche ersatzlos Zeilen 60-62 („Da durch starre...Form der Altersdiskriminierung.“)

3

4 2. Setze (neu) Zeilen 60-62:

5 „Starre Altersgrenzen behindern oft mehr oder weniger die für unsere Gesellschaft
6 unverzichtbare Arbeit der Senioren. Diese Form der Altersdiskriminierung ist
7 inakzeptabel und gehört konsequent abgeschafft.“

8

9 3. Streiche ersatzlos Zeilen 68-71 (Deshalb fordern wir, ... nachhaltig zu stärken.“)

10

11 4. Ergänze in Zeile 90 nach dem Satz „...selbstbestimmte Lebensführung.“:

12 „Hierbei können neue, vertiefende Erkenntnisse der Bewegungswissenschaft
13 motivierend wirken.“

14

15 5. Ergänze in Zeilen 150/151:

16 „...qualitativ hochwertige Pflege und Verbesserung der Rahmenbedingungen für das,
17 in diesem Bereich eingesetzte Pflegepersonal in Deutschland zu gewährleisten.“

18

19 **Votum der Antragskommission:**

20 Siehe Antrag B 01

21

22 **Beschluss der 14. Bundesdelegiertenversammlung:**

23 Siehe Antrag B 01

C 01 / 1

- Annahme
- Annahme mit Änderung
- Ablehnung
- verwiesen an

**14. Bundesdelegiertenversammlung,
03.-04.09.2012 in Recklinghausen**

Antragsteller: Kreisvereinigung Main-Taunus



Tagespolitische Themen

- Nichtbefassung

1 Die 14. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:

2 Der Bundesvorstand der Senioren-Union der CDU wird gebeten, sich häufiger zu
3 tagespolitischen Themen zu äußern. Der Bundesvorstand soll sich dabei auch um Themen
4 zu kümmern, die sich nicht nur um Rente, Gesundheit, Pflege oder sich nur um das
5 allgemeine Wohlbefinden der älteren Generation drehen.

6

7 Begründung:

8 Die andauernden, massiven Wahniederlagen der CDU bedingen eine Aktivierung der
9 Senioren-Union. Daher ist jetzt Ruhe die zweite Bürgerpflicht.

10

11 Die Senioren-Union darf sich in ihren politischen Aussagen nicht nur darauf beschränken,
12 die vermeintliche „Wohlfühlücke“ älterer Bürger schließen zu wollen. So leistet sie
13 möglicherweise der mehr und mehr um sich greifenden „Was-habe-ich-davon-Haltung“
14 verschiedener Bürgergruppen Vorschub. Solche Verhaltensweisen fördern die
15 Nichtbeteiligung bei Wahlen.

16

17 Die Mitglieder der Senioren-Union haben durch lebenslange Berufstätigkeit politische
18 Erfahrung auf vielen Politikfeldern. Wir schaden uns selbst, wenn wir dieses Wissen nur auf
19 soziale Schwerpunkte lenken. Unsere Seniorinnen und Senioren möchten einerseits ihr
20 breit gefächertes politisches Wissen in die Vereinigung einbringen, aber auch ihre
21 Überzeugungen mit denen der oberen Gremien unserer Vereinigung abgleichen.

22

23 Votum der Antragskommission:

24 Annahme und Überweisung an den Bundesvorstand der Senioren-Union

25

26 Beschluss der 14. Bundesdelegiertenversammlung:

27 Annahme und Überweisung an den Bundesvorstand der Senioren-Union

C 01 / 2

- Annahme
- Annahme mit Änderung
- Ablehnung
- verwiesen an

**14. Bundesdelegiertenversammlung,
03.-04.09.2012 in Recklinghausen**

Antragsteller: Kreisvereinigung Main-Taunus



Thesenpapiere

- Nichtbefassung

1 Die 14. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:

2 Der Bundesvorstand der Senioren-Union wird beauftragt Thesenpapiere zu entwickeln, die
3 sich über mehrere Politikfelder erstrecken. Hieraus können Land-, Stadt- und
4 Kreisverbände der Senioren-Union Impulspapiere für ihre Versammlungen erstellen und
5 mit Ihnen öffentlich arbeiten. Gesamtziel ist es, den Gliederungen Hilfe und Anregungen
6 für ihre politische Arbeit zu geben.

7

8 Herausragende Politikfelder können sein: Sozialpolitik (Senioren und Familien),
9 Bürgerrechte (Staatsangehörigkeit / Zuwanderung), Kultur (Sprache, Literatur, Kunst), EU-
10 Politik (EU-Erweiterung, Abgabe von Regelungskompetenz an EU).

11

12 Der Bundesvorstand wird gebeten rechtzeitig vor den anstehenden Bundestagswahlen
13 tätig zu werden.

14

15 Begründung:

16 In der Senioren-Union verfestigt sich der Eindruck, dass die CDU ihre ursprüngliche
17 Wählerschaft nicht mehr in der gewohnten Weise erreicht. Besonders auffällig ist, dass
18 auch bei den jungen Senioren, deren Anzahl entsprechend der demographischen
19 Entwicklung steigt, kaum Zuwächse in der Senioren-Union zu verzeichnen sind. Wie
20 schwer wir uns bei der Werbung neuer Mitglieder tun, kann jeder Delegierte bestätigen.

21

22 Die Lage der CDU empfinden Senioren als besorgniserregend. Bei allem Respekt für das
23 Ansehen der Kanzlerin, wir sind kein Kanzlerwahlverein, sondern eine Volkspartei. Als
24 Volkspartei befinden wir uns aber in einem Schrumpfungs- Prozess, der unbedingt
25 aufgehalten werden muss.

26

27 Im Rhein-Main-Gebiet (als Beispiel) steigt der Anteil der Single-Haushalte junger, meist
28 qualifizierter, gut verdienender Arbeitnehmer stark. Ihre Bedürfnisse, Vorstellungen und
29 Ansprüche an die Politik erreichen die CDU wenn überhaupt nur selten. Erstaunlicher
30 Weise finden sich immer wieder (zugegeben wenige) dieser jungen Menschen zu
31 Veranstaltungen der Senioren (!) ein. Und wir erkennen an den geradezu provozierenden
32 Forderungen an uns Senioren, dass wir Senioren zu bestimmten Themen in der CDU
33 engagierter Stellung nehmen sollten.

34

35 Wir Antragsteller sind überzeugt, dass diese Maßnahmen wesentlich dazu beitragen
36 können, Mitglieder und Bürger an unserer Politik heranzuführen und oder zu beteiligen;
37 sie auch als Wähler zu gewinnen bzw. zurückzugewinnen.

38

39 Sollte der Eindruck entstehen, dass dieser Antrag die Bundespartei CDU stören könne, ist
40 das beabsichtigt. Das lässt sich leicht durch die CDU mit mehr Aktivität und der
41 „Mitnahme“ der Bürger bei politischen Entscheidungen korrigieren.

42

43 **Votum der Antragskommission:**

44 Annahme und Überweisung an den Bundesvorstand der Senioren-Union

45

46 **Beschluss der 14. Bundesdelegiertenversammlung:**

47 Annahme und Überweisung an den Bundesvorstand der Senioren-Union

C 01 / 3

- Annahme
 Annahme mit Änderung
 Ablehnung
 verwiesen an

**14. Bundesdelegiertenversammlung,
03.-04.09.2012 in Recklinghausen**

Antragsteller: Kreisvereinigung Solingen

**Senioren
Union** CDU

Weitere Euro-Strategie der Bundesregierung

Nichtbefassung

1 Die 14. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:

2 Der Bundesvorstand der Senioren-Union soll sich bei der deutschen Bundesregierung für
3 folgende Empfehlungen der Senioren der CDU einsetzen:

4

5 • Keine weiteren Haftungszusagen oder Transferleistungen zur Euro-Stabilisierung

6 • Keine Eurobonds oder ähnliche Konstruktionen, die das Zinsniveau zu Lasten
7 Deutschlands verschieben

8 • Keine finanziellen Transaktionen deutscher Haushaltsmittel auf EU-Ebene ohne
9 parlamentarische Kontrolle durch den Deutschen Bundestag

10 • Keine direkte oder indirekte Banken- oder Staatenfinanzierung durch die
11 Europäische Zentralbank

12

13 Begründung:

14 Die Haftungszusagen und Risiken der Euro-Stabilisierung und Bankenunterstützung haben
15 bereits jetzt schon ein Volumen erreicht, das bei einem Fällig werden jeden
16 Bundeshaushalt sprengen würde und das von mehreren Generationen nicht mehr
17 zurückgezahlt werden könnte. Die ungebremste Kredit- und Geldvermehrung birgt das
18 Risiko einer Inflation, die insbesondere die Kleinverdiener und Rentner treffen würde. Mit
19 diesen Befürchtungen stehen die Senioren nicht allein:

20 ▪ Die breite Mehrheit der Bevölkerung ist gegen weitere Rettungsmaßnahmen

21 ▪ 160 Ökonomen und Volkswirtschaftler warnen vor weiteren
22 Haftungsverpflichtungen

23 ▪ Die mittelständischen Unternehmen laufen Sturm gegen die Rettungsmaßnahmen

24 ▪ Das Bundesverfassungsgericht hat schon im Vorfeld schwerste Bedenken

25 ▪ Die ersten Rating-Agenturen drohen aktuell Deutschland wegen finanzieller
26 Überforderungen durch diese Hilfen herabzustufen

- 27 ▪ Der ESFM wird schon jetzt – obwohl noch gar nicht in Kraft – in einer Koalition der
28 Mittelmeerländer und Frankreich zusammen mit der Europäischen Zentralbank als
29 Hebel und Quelle für neue, unbegrenzte Finanzierungsmöglichkeiten angesehen.
30 ▪ Viele Abgeordnete der eigenen Partei und des Koalitionspartners wollen schon
31 nicht mehr ihre Stimme dafür abgeben

32
33 Das elementare Haushaltsrecht unserer parlamentarischen Einrichtungen wird immer
34 weiter ausgehöhlt und die Verantwortung für mittlerweile Billionen von Steuergeldern
35 wird an Organisationen außerhalb unseres Landes übertragen, die nur einer rudimentären
36 parlamentarischen Kontrolle unterliegen.

37

38 **Votum der Antragskommission:**

39 Ablehnung

40

41 **Beschluss der 14. Bundesdelegiertenversammlung:**

42 Ablehnung

C 02 / 1

- Annahme
 Annahme mit Änderung
 Ablehnung
 verwiesen an

**14. Bundesdelegiertenversammlung,
03.-04.09.2012 in Recklinghausen**

Antragsteller: Landesvereinigung Baden-Württemberg

**Senioren
Union** CDU

Nichtbefassung

Sicherstellung bezahlbarer Energieversorgung

- 1 **Die 14. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:**
2 Die CDU / CSU – Bundestagsfraktion möge sich einsetzen für:
3 1.) Abschaffung aller Strom-Subventionen (nach EEG) z.B. in der Solarförderung,
4 besonders bei der Photovoltaik.
5 2.) Entwicklung eines Masterplans für die Durchführung des Energie-Wechsels. Die
6 Lücke zwischen Strombedarf und regenerativ erzeugter Energie ist festzustellen
7 und zu ermitteln, wie diese Lücke im Rahmen der vorgegebenen Energieszenarien
8 abgedeckt wird.
9 3.) Sofortige massive Forschungs-und Entwicklungsanstrengungen auf zwei Feldern:
10 Speicherung von Energie intelligente Netze.
11 4.) Prüfung und ggf. Einbeziehung der Ergebnisse der gemeinsamen Studie
12 „Desertec Power 2000“ vom Fraunhofer Institut und der Desertec Industrial
13 Initiative, z.B. Stromversorgung aus Nordafrika mittels HGÜ-Leitungen.
14 5.) Vermeidung zusätzlicher finanzieller Belastungen für die Stromkunden.

15
16 **Begründung:**

17 Die Sicherstellung bezahlbarer Energieversorgung durch elektrischen Strom ist Grundlage
18 unseres Wohlstandes und unserer wirtschaftlichen Weiterentwicklung.

19
20 Unsere Bürgerinnen und Bürger verlassen sich darauf, dass Strom immer, in ausrei-
21 chendem Maß und zu bezahlbarem Preis zur Verfügung steht. Dabei soll es bleiben.

22
23 Die derzeitige Förderung der Photovoltaik und Windkraft hat immense Folgekosten:
24 Netzausbau, Speicher, Reservekraftwerke und Subventionen. Konsequenz: Wer heute
25 1.000 € Stromkosten hat, muss lt. Prognose des Karlsruher Instituts für Technologie im
26 Jahre 2020 bereits 1.700 € bezahlen. Sowohl in der Wirtschaft als auch in weiten Kreisen
27 der Bevölkerung herrscht die Sorge vor „Netzausfällen“ aufgrund mangelnder

28 Bereitstellung weiterer Reserveleistungen.

29

30 **Votum der Antragskommission:**

31 Überweisung an den Bundesvorstand der Senioren-Union zur Zusammenfassung der

32 Anträge C 02/1 bis 02/04 zu einem einheitlichen Antrag und Aufbereitung zur

33 Weiterleitung an den Bundesparteitag der CDU Deutschlands

34

35 **Beschluss der 14. Bundesdelegiertenversammlung:**

36 Annahme und Überweisung an den Bundesvorstand der Senioren-Union zur

37 Zusammenfassung der Anträge C 02/1 bis 02/04 zu einem einheitlichen Antrag und

38 Aufbereitung zur Weiterleitung an den Bundesparteitag der CDU Deutschlands

- Annahme
- Annahme mit Änderung
- Ablehnung
- verwiesen an

**14. Bundesdelegiertenversammlung,
03.-04.09.2012 in Recklinghausen**

Antragsteller: Kreisvereinigung Esslingen



- Nichtbefassung

Bezahlbare Strompreise

1 Die 14. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:

2 Folgender Antrag soll an den Bundesparteitag der CDU sowie die CDU/CSU-
3 Bundestagsfraktion weitergeleitet werden:

4 1.) Die Bundesregierung wird ersucht, Strategien gegen den weiteren Anstieg der
5 Strompreise, insbesondere bei Privatverbrauchern und Mittelstand, zu entwickeln.
6 Die von ihr eingeleiteten Maßnahmen zur Absenkung der Vergütung von
7 Solarstrom nach EEG sind deshalb verstärkt fortzusetzen mit dem Ziel der
8 Abschaffung dieser Subventionen.

9 2.) Die Energiewende ist ein nationales Großprojekt. Der Netzausbau wird zum
10 Engpass der Energiewende. Ein unkoordinierter Ausbau der erneuerbaren Energien
11 führt zu unnötigen Kostensteigerungen. Wir fordern deshalb einen Masterplan, der
12 den Ausbau erneuerbarer Energien anpasst an die Fortschritte beim Ausbau der
13 Stromnetze.

14 3.) Das Fehlen der Leistung der überwiegend in Süddeutschland abgeschalteten
15 Kernkraftwerke bringt die Netze an den Rand der Belastbarkeit. Der unverzügliche
16 Zubau neuer Kohle- und Gaskraftwerke in wirtschaftsstarken Regionen ist
17 unabdingbar. Wir sorgen uns um die Versorgungssicherheit und damit um die
18 Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Deutschland.

19 4.) Die Komplexität der Energiewende bedarf dringend der Bündelung von
20 Kompetenzen in einem Ressort.

21

22 Begründung:

23 Nur Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit der Stromversorgung garantieren die
24 Aufrechterhaltung von Wohlstand, sozialem Frieden und Arbeitsplätzen.

25

26 Wenn im Jahr 2010 in 600.000 Haushalten der Strom wegen unbezahlter Rechnungen
27 abgestellt werden musste, ist die Akzeptanz der Energiewende gefährdet. Nach einem

28 Bericht des Instituts für Demoskopie Allensbach vom Juni 2012 halten zwar drei Viertel der
29 Deutschen den Ausstieg aus der Kernenergie für richtig, aber nur eine Minderheit ist in der
30 Konsequenz bereit, höhere Energiepreise in Kauf zu nehmen.

31

32 **Votum der Antragskommission:**

33 Siehe Antrag C 02 / 1

34

35 **Beschluss der 14. Bundesdelegiertenversammlung:**

36 Siehe Antrag C 02 / 1

- Annahme
 Annahme mit Änderung
 Ablehnung
 verwiesen an

**14. Bundesdelegiertenversammlung,
 03.-04.09.2012 in Recklinghausen**

Antragsteller: Kreisvereinigung Rhein-Neckar



Strompreise

- Nichtbefassung

1 Die 14. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:

2 Folgender Antrag soll auf dem Bundesparteitag 2012 der CDU eingebracht werden.

3 1. Wir fordern, alle Strom-Subventionen (nach EEG) (z.B. in der Solarförderung,
 4 besonders bei der Photovoltaik) abzuschalten. Weitere Belastungen für die
 5 Stromkunden, z.B. in Form von Haftungszahlungen (bei Offshore-Netz) sind zu
 6 unterlassen.

7 2. Wir fordern die sofortige Überprüfung der sogenannten „Kaltreserven“ (bei den
 8 Kraftwerken) sind auf weitere Reserveleistungen zu überprüfen.

9 3. Wir fordern ein Energieversorgungsnetz für den Zeitraum 2013-2022 mit dem Ziel,
 10 eine störungsfreie, sichere und bezahlbare Stromversorgung zu gewährleisten

- 11 • Ohne Subventionen – ohne staatliches Eingreifen in die soziale Marktwirtschaft
- 12 • Zur Sicherung der Qualität der Stromversorgung – insbesondere Schutz vor Strom-
 13 Ausfall
- 14 • Mit Begrenzung negativer finanzieller Auswirkung auf die Bevölkerung und auf die
 15 Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft
- 16 • Mit Maßnahmen und Anreizen zum Stromsparen

17

18 Begründung:

19 Versorgungssicherheit, Preisstabilität und die Vermeidung von Erpressbarkeit bei der
 20 Energieversorgung sollen im Interesse der Bürger und der Wirtschaft in der Energiepolitik
 21 gleichberechtigte Ziele bleiben.

22 • Die Versorgungssicherheit scheint gefährdet. Engpässe in der Energieversorgung
 23 haben, besonders in Süddeutschland, im Febr. 2012 beinahe zu einem Blackout
 24 geführt.

25 • Ca. 600.000 Haushalten -mit steigender Tendenz -wurde 2010 in der Bundes-
 26 republik aufgrund nicht bezahlter Stromrechnungen der Strom abgestellt.

27

28 Wir sind in Sorge, dass

- 29
- Weiter steigende Strompreise und Energiepreise
 - 30 • weiter steigende Lebenshaltungskosten (Steuern, etwaige Schulden-Soli, etwaige
 - 31 „Eurobonds“, Zwangsanleihen ...)
 - 32 • prekäre Beschäftigungsverhältnisse
 - 33 • die Zahl der Haushalte vor allem von Familien, jetzigen und künftigen Rentnern in
 - 34 eine Armutsgefährdung führen werden.

35

36 **Votum der Antragskommission:**

37 Siehe Antrag C 02 / 1

38

39 **Beschluss der 14. Bundesdelegiertenversammlung:**

40 Siehe Antrag C 02 / 1

C 02 / 4

- Annahme
- Annahme mit Änderung
- Ablehnung
- verwiesen an

Nichtbefassung

**14. Bundesdelegiertenversammlung,
03.-04.09.2012 in Recklinghausen**

Antragsteller: Kreisvereinigung Solingen

**Senioren
Union** CDU

Energiekosten bezahlbar halten

1 **Die 14. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:**

- 2 1. Ergreifen von Maßnahmen, um die Energiekosten zu senken
- 3 2. Unterstützung von Haushalten mit geringen Einkommen durch Zuschüsse zu den
- 4 Heizkosten

5

6 **Begründung:**

7 Die Kosten der Haushalte für Strom und Gas steigen kontinuierlich an.

8

9 Beispiel: Während die Stromkosten für einen Durchschnittshaushalt im Jahr 2000 noch bei

10 40,66 € lagen, sind Sie bis 2011 auf 72,77 € gestiegen. (Quelle Der Spiegel 15/2012) Das

11 ist eine Steigerung um 79 %. Weitere starke Erhöhungen sind wegen der Energiewende

12 bereits von der Energiewirtschaft angekündigt. Ähnliches gilt für den Gassektor. Auch hier

13 werden die Kosten ständig weiter nach oben geschraubt, obwohl die Gaspreise

14 international teilweise sogar sinken.

15

16 Darunter leidet die deutsche Wirtschaft. Das gefährdet Arbeitsplätze. Einige

17 stromintensive Firmen kommen bereits jetzt schon durch die - auch im internationalen

18 Wettbewerbsvergleich - extrem hohen Stromkosten in wirtschaftliche Schwierigkeiten.

19

20 Darunter leiden vor allem aber Haushalte mit geringem Einkommen. 600.000 Haushalten

21 und damit mehr als 1 Million Menschen wird pro Jahr in Deutschland der Strom abgedreht.

22 (Rheinische Post 30.04.2012). Von dieser harten Maßnahme sind hauptsächlich

23 Alleinerziehende und Rentnerhaushalte betroffen.

24

25 Es kann nicht sein, dass Menschen, die ein ganzes Berufsleben hart gearbeitet haben,

26 abends im Dunkeln sitzen, sich kein Essen mehr warm machen können oder im Winter

27 überlegen müssen, ob sie sich noch ein wenig Wärme leisten können.

28 Es klingt dann für diese Menschen wie ein Hohn, wenn Ihnen empfohlen wird, den
29 Anbieter zu wechseln, oder sich neue energiesparende Geräte zu kaufen, wenn das Geld
30 sowieso nur gerade für das Lebensnotwendige reicht.

31

32 **Votum der Antragskommission:**

33 Siehe C 02 / 1

34

35 **Beschluss der 14. Bundesdelegiertenversammlung:**

36 Siehe Antrag C 02 / 1

C 03 / 1

- Annahme
- Annahme mit Änderung
- Ablehnung
- verwiesen an

**14. Bundesdelegiertenversammlung,
03.-04.09.2012 in Recklinghausen**

Antragsteller: Landesvereinigung Hessen

**Senioren
Union** CDU

Altersarmut verhindern!

- Nichtbefassung

1 Die 14. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:

2 Das Rentenniveau muss bei längerer Versicherungsdauer die Leistungen der Sozialhilfe
3 deutlich übersteigen. Das „Abstandsgebot“ muss auch hier gelten. Ein früherer Ausstieg
4 aus dem Erwerbsleben darf nicht gegen den Willen von Arbeitnehmerinnen und
5 Arbeitnehmern erzwungen werden können.

6

7 Die Kinderbetreuungsangebote müssen weiter ausgebaut werden und die Vereinbarkeit
8 von Familie und Beruf muss verbessert werden, damit Mütter und Väter die echte
9 Wahlfreiheit haben, wie sie ihre Kinder betreuen. Damit wird einer künftigen Altersarmut
10 entgegengewirkt.

11

12 Niedriglöhne, Missbrauch von geringfügiger Beschäftigung und Entgeltsdiskriminierung
13 von Frauen müssen durch gezielte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen bekämpft werden.

14

15 Begründung:

16 Seit ihrer Einführung 2003 ist die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von
17 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in Frankfurt am Main kontinuierlich
18 angestiegen. Bezogen im Jahr 2003 noch 11 von 1000 Frankfurterinnen und Frankfurtern
19 über 18 Leistungen aus der Grundsicherung, so waren es 2010 bereits 21 (in absoluten
20 Zahlen: 2003 5.628, davon Frauen 3.482, Männer 2.146; in 2010 11.778, davon Frauen
21 6.319, Männer 5459). Der weit überwiegende Teil ist älter als 65 Jahre.

22

23 Die Rentenreform 2001 hat die Alterssicherung grundlegend geändert, seit dem ist die
24 Beitragssatz-Stabilität der gesetzlichen Rentenversicherung das übergeordnete Ziel, nicht
25 mehr wie früher die Erhaltung des früheren Lebensstandards.

26

27 Der Rentenwert steigt deutlich weniger als die Preise, von 2002 bis 2011 ergibt sich ein
28 Kaufkraftverlust von ca. 8 %. Der Rentenzahlbetrag verschlechtert sich, ca. 60 % der
29 Neurenten enthalten Abschläge, im Durchschnitt ca. 100,- € mtl. Die Renten wg.
30 Erwerbsminderungen sind sogar nominal gesunken, sie betragen mtl. in 2010 695,- €
31 gegenüber 718,- € in 2000.

32
33 Die Jahrgänge, die jetzt in Rente gehen, haben viel zu kurze Ansparzeiten, um
34 auskömmliche Leistungen aus kapitalgedeckten Systemen zu erhalten. Die Altersarmut ist
35 weiblich, weil gerade Frauen, die ihre Arbeitskraft der Kindererziehung und / oder Pflege
36 von Angehörigen gewidmet haben, nur geringe Rentenansprüche erwerben konnten! Die
37 Altersrenten von Frauen in Westdeutschland sind im Durchschnitt nur halb so hoch wie die
38 der Männer, bei den Neuzugängen liegen sie immer noch 40 % niedriger. Vor dem
39 Hintergrund von Niedriglöhnen, Familienarbeit und / oder Erwerbsunterbrechungen ist
40 das Armutsrisiko für alleinstehende Frauen im Alter besonders groß!

41
42 Das private Geld- und Sachvermögen der älteren Generation ist zwar erheblich
43 gewachsen, diese Vermögen sind aber – zunehmend – äußerst ungleich verteilt!

44
45 Die staatlich geförderte Riesterrente wird von Menschen mit geringem Einkommen
46 deutlich weniger genutzt wie von Menschen mit besserem Einkommen. Die jetzige
47 Förderung hat also im Wesentlichen zu Mitnahmeeffekten geführt. Zudem ist bei der
48 Riesterrente der Verwaltungsaufwand unverhältnismäßig hoch.

49
50 Der Anteil der Beschäftigten im Niedriglohnsektor hat in den letzten 10 Jahren dramatisch
51 zugenommen. Heute arbeiten 22,3 % der Vollzeitbeschäftigten zu Niedriglöhnen. Bei
52 einem solchen Lohn reicht ein Erwerbsleben nicht aus, um eine Rente oberhalb der
53 Grundsicherung zu erlangen.

54

55 **Votum der Antragskommission:**

56 Annahme und Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion

57

58 **Beschluss der 14. Bundesdelegiertenversammlung:**

59 Annahme und Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion

C 03 / 2

- Annahme
- Annahme mit Änderung
- Ablehnung
- verwiesen an

**14. Bundesdelegiertenversammlung,
03.-04.09.2012 in Recklinghausen**

Antragsteller: Landesvereinigung Hessen

**Senioren
Union** CDU

- Nichtbefassung

***Möglichkeiten zur Berufsausübung im Alter
ausweiten***

1 Die 14. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:

2 Die Senioren-Union der CDU Deutschlands fordert den Bundesvorstand der CDU auf sich
3 dafür einzusetzen, in Anbetracht des bevorstehenden Mangels an Arbeitskräften,
4 Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen, die die Regelaltersgrenze erreicht haben, die
5 Möglichkeit zu eröffnen weiterhin im Betrieb arbeiten zu können.

6

7 Begründung:

8 Studien zu Folge trifft Menschen die Verrichtung hart. Dies betrifft besonders die
9 Erwerbstätigen im Alter zwischen 60 und 65 Jahren, die sich auf das Leben nach dem Beruf
10 vorbereiten als auch die diejenigen, die bereits Rente beziehen. Während der Selbständige
11 den Zeitpunkt des Ruhestandes frei wählen kann, bleibt in der Regel dem abhängig
12 Erwerbstätigen keine andere Wahl, als aus dem Berufsleben auszuschneiden. Wenn dem
13 nicht so wäre –, so zeigt die hohe Zahl der Selbständigen (rund 25% aller Selbständigen),
14 die nach dem 65. Lebensjahr noch berufstätig sind –, würde sich die Anzahl der abhängig
15 Beschäftigten, die weiterhin im Berufsleben verbleiben, erweitern. Deswegen sollten
16 Rentnerinnen und Rentnern die Chancen zur Weiterbeschäftigung gegeben werden, wenn
17 sie dies wollen.

18

19 Votum der Antragskommission:

20 Annahme und Überweisung an den Bundesvorstand der CDU Deutschlands

21

22 Beschluss der 14. Bundesdelegiertenversammlung:

23 Annahme und Überweisung an den Bundesvorstand der CDU Deutschlands

C 03 / 3

- Annahme
- Annahme mit Änderung
- Ablehnung
- verwiesen an

Nichtbefassung

**14. Bundesdelegiertenversammlung,
03.-04.09.2012 in Recklinghausen**

Antragsteller: Landesvereinigung Hessen

Flexible Altersgrenzen ermöglichen

**Senioren
Union** CDU

1 Die 14. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:

2 Die Senioren-Union der CDU Deutschlands fordert den Bundesvorstand der CDU auf sich
3 dafür einzusetzen, Seniorinnen und Senioren eine längere Lebensarbeitszeit zu
4 ermöglichen, wenn diese es selbst wollen und es in Abstimmung mit dem Arbeitgeber
5 möglich ist.

6

7 Begründung:

8 Seniorinnen und Senioren wollen u.U. länger arbeiten als es die starren Altersgrenzen
9 erlauben, weil sie sich gesundheitlich dazu in der Lage fühlen und ihre langjährige
10 berufliche Erfahrung weiterhin einbringen wollen. Dies soll nicht unter Zwang geschehen,
11 sondern aufgrund eigener Entscheidung und im Einvernehmen mit dem Arbeitgeber. Dazu
12 bedarf es auch der Einrichtung altersgerechter Arbeitsplätze und der Entwicklung
13 entsprechender Arbeitszeitmodelle. Eine Erhöhung der Rente aufgrund der längeren
14 Lebensarbeitszeit soll ermöglicht werden.

15

16 Votum der Antragskommission:

17 Annahme und Überweisung an den Bundesvorstand der CDU Deutschlands

18

19 Beschluss der 14. Bundesdelegiertenversammlung:

20 Annahme und Überweisung an den Bundesvorstand der CDU Deutschlands

C 03 / 4

- Annahme
 Annahme mit Änderung
 Ablehnung
 verwiesen an

**14. Bundesdelegiertenversammlung,
03.-04.09.2012 in Recklinghausen**

Antragsteller: Landesvereinigung Nordrhein-Westfalen

**Senioren
Union** CDU

Nichtbefassung

***Altersarmut vermeiden – Lebensstandard im
Alter sichern***

1 Die 14. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:

2 Die Senioren-Union der CDU Deutschlands fordert die CDU Deutschlands dazu auf, eine
3 Rentenkommission einzusetzen mit dem Ziel, mit Hilfe von externen Rentenexperten ein
4 neues Rentenmodell zu entwickeln, dass sowohl Altersarmut verhindert als auch ein
5 Rentenniveau ermöglicht, dass ein Mindestmaß an Lebensstandard im Alter sichert.

6

7 Dieses Rentenmodell sollte aus verschiedenen Säulen bestehen:

- 8 • einer kapitalgedeckten Pflichtversicherung für alle in Deutschland lebenden
9 Personen von Geburt an,
10 • einer Sockelrente, auf die alle Bürgerinnen und Bürger nach Vollendung des 65.
11 Lebensjahres Anspruch haben, unabhängig von Erwerbsarbeitszeiten,
12 • einer Arbeitnehmer-Pflichtversicherung, die beitragsorientiert ist, d.h. die Höhe
13 und die Dauer der Beiträge entscheiden über die spätere Rentenhöhe sowie
14 • einer betrieblichen bzw. privaten Altersvorsorge.

15

16 Begründung:

17 Das Thema Rente ist ein Dauerthema und wird immer wieder kontrovers diskutiert, ob in
18 Politik oder Wissenschaft. Kaum ist die Rente mit 67 eingeführt, wird schon darüber
19 spekuliert, ob man das gesetzliche Renteneintrittsalter nicht auf 72 Jahre anheben sollte.
20 Die Organisation für Entwicklung und Zusammenarbeit in Europa (OECD) hat jüngst
21 darauf hingewiesen, dass in Deutschland trotz höherer Renten die Gefahr von Altersarmut
22 tendenziell wachsen wird. Die OECD begründet das mit der engen Bindung von Leistungen
23 an Beiträge.

24

25 Die Zahlen sprechen für sich: 82 Millionen Menschen leben heute in Deutschland, davon
26 sind 20 Millionen Rentnerinnen und Rentner. Während 1960 nur zwölf Prozent der

27 Bevölkerung 65 Jahre und älter waren, sind es heute knapp 17 Millionen und damit 21
28 Prozent der Bevölkerung. Heute leben mehr Menschen über 65 Jahre als Unter-20-Jährige
29 in Deutschland. Mit Blick auf das Jahr 2030 werden wir in Deutschland voraussichtlich
30 noch 79 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner haben, 28 Prozent werden dann 65
31 Jahre oder älter sein.

32
33 Die Lebenserwartung hat in den letzten 50 Jahren um elf Jahre zugenommen, die
34 durchschnittliche Rentenbezugszeit hat sich im gleichen Zeitraum von zehn auf 18 Jahre
35 erhöht. Mit Blick in die Zukunft müssen immer weniger Arbeitnehmerinnen und
36 Arbeitnehmer immer mehr Rentnerinnen und Rentner finanzieren.

37
38 Vor diesem Hintergrund ist die Zeit reif, über ein neues Rentenmodell nachzudenken, dass
39 sowohl Altersarmut verhindert, die nachkommenden Generationen finanziell nicht zu
40 stark belastet und ein vernünftiges Rentenniveau ermöglicht, dass deutlich über dem
41 Existenzminimum liegt.

42

43 **Votum der Antragskommission:**

44 Annahme und Überweisung an den Bundesvorstand der CDU Deutschlands

45

46 **Beschluss der 14. Bundesdelegiertenversammlung:**

47 Annahme und Überweisung an den Bundesvorstand der CDU Deutschlands

C 03 / 5

- Annahme
- Annahme mit Änderung
- Ablehnung
- verwiesen an

**14. Bundesdelegiertenversammlung,
03.-04.09.2012 in Recklinghausen**

Antragsteller: Landesvereinigung Nordrhein-Westfalen

**Senioren
Union** CDU

- Nichtbefassung

***Kindererziehungszeiten in der Rente stärker
berücksichtigen – Erweiterung für
Bestandsrentnerinnen prüfen***

1 Die 14. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:

2 Die Senioren-Union der CDU Deutschlands fordert die CDU Deutschlands dazu auf, sich
3 innerhalb der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass bei Rentnerinnen und Rentner für
4 Kinderziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder zwei weitere Entgeltpunkte für die
5 Rente angerechnet werden.

6

7 Begründung:

8 Wir wollen Gerechtigkeit für ältere Mütter und Väter. Die Vereinbarkeit von Familie und
9 Beruf war vor 20 Jahren deutlich schwieriger als heute, vor allem in den alten
10 Bundesländern. In den neuen Bundesländern haben sich mit den großen
11 Umstrukturierungen nach der deutschen Einheit die Beschäftigungschancen für Frauen
12 verschlechtert. Ältere können damit sowohl ihre Anrechnungszeiten als auch die Beiträge
13 zur Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) nicht mehr kompensieren.

14

15 Konkret fordern wir, dass auch für Erziehende, deren Kinder vor 1992 geboren wurden und
16 die künftig in Rente gehen, insgesamt drei Entgeltpunkte in der GRV anerkannt werden.
17 Für ein vor 1992 geborenes Kind erhält die Mutter in den NBL derzeit eine monatliche
18 Rente von 24,37 Euro. Kam das Kind 1992 oder später zur Welt, sind es bis zu 124 Euro. Es
19 klafft also eine Lücke von bis zu 99,63 Euro, je nach Geburtsdatum der Kinder. Vergleicht
20 man Mütter miteinander, die mehrere Kinder vor bzw. nach dem Stichtag geboren haben,
21 geht die Schere der Rentenzahlbeträge noch deutlich weiter auseinander.

22

23 Der Anteil der Rentnerinnen und Rentner, die im Alter auf die Grundsicherung angewiesen
24 sind, könnte damit vermindert werden. Die CDU hat sich wiederholt dafür ausgesprochen,
25 die Anerkennung von Erziehungsleistungen in der Rente weiter zu verbessern
26 (Bundesparteitage 2003 und 2011). Auch der CDU- Landesparteitag in Sachsen im

27 November 2011 hat sich mehrheitlich für eine Verbesserung der Anerkennung von
 28 Kindererziehungszeiten in der GRV ausgesprochen.

29
 30 Bei der nicht lösbaren Ungerechtigkeit bei den Renten der zu DDR-Zeiten Geschiedenen
 31 könnte wenigstens für die Mütter eine Verbesserung erreicht werden. Zudem können
 32 ältere Frauen ihre Rentenlücken kaum aus eigener Kraft schließen. Steuermittel für
 33 Kindererziehungszeiten stützen heute die gesetzliche Rentenversicherung, Frauen sollen
 34 im Alter genauso abgesichert sein wie Männer. Die Ursachen für die Rentenlücke sind in
 35 den unterschiedlichen Lebensverläufen von Frauen und Männern zu suchen. Gerade ältere
 36 Frauen haben lange familienbedingte Lücken im Erwerbsverlauf. Männer unterbrechen
 37 ihre Erwerbstätigkeit bislang fast nicht aus familiären Gründen. Kindererziehung bedeutet
 38 für Frauen nicht nur Unterbrechung der Erwerbstätigkeit, sondern häufig auch langjährige
 39 Teilzeitarbeit und geringere Aufstiegschancen im Beruf. Dies hat geringere
 40 Erwerbseinkommen und geringere Rentenanwartschaften zur Folge. Wir wollen diese
 41 Lücke zielgerichtet schließen.

Derzeitige gesetzliche Regelung in Zahlen

	Für ein <u>vor</u> 1992 geborenes Kind		Für ein <u>ab</u> 1992 geborenes Kind	
	West	Ost	West	Ost
Entgeltpunkte für Kindererziehungszeiten	1	1	3	3
Monatliche Rente aufgrund dieser Kindererziehungszeiten	27,47 Euro	24,37 Euro	82,41 Euro	73,11 Euro
Gutschrift für Zeiten der Kinderziehung bis zum 10. Lebensjahr (Entgeltpunkte)	-	-	maximal 2,3	maximal 2,3
Monatliche Rente aufgrund dieser Gutschrift	-	-	63,18 Euro	56,05 Euro

Der Rentenwert eines Entgeltpunktes beträgt seit 1. Juli 2011 27,47 € (West) und 24,37 € (Ost).

- 43
- 44 **Votum der Antragskommission:**
- 45 Annahme und Überweisung an den Bundesvorstand der CDU Deutschlands
- 46
- 47 **Beschluss der 14. Bundesdelegiertenversammlung:**
- 48 Annahme und Überweisung an den Bundesvorstand der CDU Deutschlands

C 03 / 6

- Annahme
- Annahme mit Änderung
- Ablehnung
- verwiesen an

Nichtbefassung

**14. Bundesdelegiertenversammlung,
03.-04.09.2012 in Recklinghausen**

Antragsteller: Landesvereinigung Sachsen

Private Altersvorsorge Selbständiger

**Senioren
Union** CDU

1 **Die 14. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:**

2 Der Bundesvorstand der CDU möge sich dafür einsetzen, die Einführung einer Pflicht zur
3 privaten Altersvorsorge Selbständiger zu überprüfen und ggfs. zu modifizieren.

4

5 **Begründung:**

6 In Deutschland gibt es 4,2 Millionen Selbständige. Davon ist etwa die Hälfte
7 Alleinselbständig, weil sie sonst arbeitslos wären. Viele von ihnen sind selbständig, um sich
8 und ihre Familie versorgen zu können und nicht Unterstützung durch den Staat in
9 Anspruch nehmen zu müssen. Die Verdienstmöglichkeiten sind allerdings nicht so hoch,
10 dass neben der gesetzlichen Krankenversicherung noch eine private Rentenvorsorge
11 geleistet werden kann. Außerdem wird befürchtet, dass es zu weniger Existenzgründungen
12 kommen könnte.

13

14 **Votum der Antragskommission:**

15 Annahme

16

17 **Beschluss der 14. Bundesdelegiertenversammlung:**

18 Annahme und Überweisung an den Bundesvorstand der CDU Deutschlands

C 03 / 7

- Annahme
- Annahme mit Änderung
- Ablehnung
- verwiesen an

**14. Bundesdelegiertenversammlung,
03.-04.09.2012 in Recklinghausen**

Antragsteller: Kreisvereinigung Solingen

**Senioren
Union** CDU

Gleichstellung von Rentnern und Pensionären

- Nichtbefassung

1 **Die 14. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:**

- 2 1. Durchsetzen einer gleichen Berechnungsbasis für die Pensionen wie für die Renten
3 (Lebenslanges Durchschnittseinkommen und nicht Endverdienst)
- 4 2. Abschaffen aller Sondervergünstigungen, die Rentner nicht erhalten
5 (Weihnachtsgeld, private Zusatzversicherungen, Zuschüsse)

6

7 **Begründung:**

8 Es ist im Sinne einer sozialen Gerechtigkeit nicht einzusehen, warum Beamte im
9 Durchschnitt eine mehr als doppelt so hohe Altersversorgung bekommen wie der
10 Durchschnittsverdiener:

- 11 ▪ Durchschnittsrente nach 40 Beitragsjahren 1088,- €,
- 12 ▪ Durchschnittspension 2.600,- €.

13

14 Und der Abstand wächst weiter.

- 15 ▪ Erhöhung der Renten ab Juli dieses Jahres im Westen 2,18 % (2,26 % im Osten)
- 16 ▪ Erhöhung der Pensionen rückwirkend zum 1. März dieses Jahres 3,3 %
- 17 ▪ Und das von einem höheren Pensionsniveau berechnet.

18

19 Diese komfortable Absicherung ist umso mehr sozial ungerecht, als Beamte lebenslang
20 eine Arbeitsplatzgarantie haben und somit vor Arbeitslosigkeit und damit auch vor
21 Rentenausfallzeiten geschützt sind.

22

23 Der Pensionsberg, den die öffentlichen Haushalte vor sich her schieben, wird immer
24 größer. Nach Berechnungen von Ökonomen muss z.B. NRW 2050 mehr als die Hälfte der
25 Wirtschaftsleistung für Versorgungsverpflichtungen der Beamten aufwenden.

26 (Rheinische Post 5. Mai 2012)

27

28 **Votum der Antragskommission:**

29 Ablehnung

30

31 **Beschluss der 14. Bundesdelegiertenversammlung:**

32 Ablehnung

C 03 / 8

- Annahme
- Annahme mit Änderung
- Ablehnung
- verwiesen an

**14. Bundesdelegiertenversammlung,
03.-04.09.2012 in Recklinghausen**

Antragsteller: Kreisvereinigung Solingen

**Senioren
Union** CDU

Bezahlbare Mieten

- Nichtbefassung

1 Die 14. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:

2 1. Damit Mieten bezahlbar bleiben, soll die Politik stärker zur sozialen Marktwirtschaft
3 auch im Bereich der Wohnungswirtschaft zurückkehren.

4 z.B. durch eine Deckelung der Mieten, wie sie sich schon in der Nachkriegszeit
5 bewährt hat.

6 2. Kein Verkauf mehr von Genossenschaftswohnungen oder Wohnungen im öffentlichen
7 Besitz an in- oder ausländische Spekulanten

8 3. Forcierung des sozialen Wohnungsbaus

9

10 Begründung:

11 Die Mieten insbesondere in den Großstädten steigen durch Spekulationen und die Flucht
12 von Anlegern in den Immobilienmarkt extrem stark an. Die Folge, immer mehr
13 Zwangsräumungen bzw. notgedrungene Umzüge weil Rentner und Kleinverdiener die
14 Mieten und Nebenkosten nicht mehr aufbringen können. Ältere Bewohner, die
15 jahrzehntelang in ihrem vertrauten Umfeld lebten, werden so entwurzelt und an den Rand
16 der Städte verbannt.

17

18 Votum der Antragskommission:

19 Ablehnung

20

21 Beschluss der 14. Bundesdelegiertenversammlung:

22 Ablehnung

C 03 / 9

- Annahme
- Annahme mit Änderung
- Ablehnung
- verwiesen an

**14. Bundesdelegiertenversammlung,
03.-04.09.2012 in Recklinghausen**

Antragsteller: Kreisvereinigung Solingen

**Senioren
Union** CDU

Anpassung der Renten

- Nichtbefassung

1 **Die 14. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:**

2 Die Renten sollen mindestens in dem Maße steigen, wie die Inflation die Kaufkraft
3 entwertet.

4

5 **Begründung:**

6 Die Kosten - insbesondere bei den lebensnotwendigen Gütern - steigen stärker als die
7 Rentenanpassungen.

8

9 Dazu gehören besonders folgende Kosten, denen die Betroffenen kaum ausweichen
10 können:

- 11 Stromkosten für die Haushaltsgeräte und die Beleuchtung
- 12 Gas- bzw. Ölkosten für die Heizung
- 13 Wasser- und Abwassergebühren für die tägliche Hygiene
- 14 Lebensmittel
- 15 Kosten für Arzneimittel und Arztbesuche
- 16 Kosten für Mobilität

17

18 Dagegen sind andere Produkte des Warenkorb, die den Durchschnitt der Inflationsrate
19 nach unten drücken, wie Mobilfunkgebühren, Laptops oder Mobiltelefone für diese
20 Gruppe der ärmeren Rentner nicht so relevant.

21

22 Die überproportionale Steigerung der Lebenshaltungskosten im Vergleich zu den
23 Rentenanpassungen führt auf lange Sicht zu einer immer stärkeren Verarmung breiter
24 Bevölkerungsgruppen - und das obwohl sie ihr Leben lang gearbeitet und in die
25 gesetzliche Altersversorgung eingezahlt haben.

26

27 **Votum der Antragskommission:**

28 Überweisung an die Arbeitsgruppe „Neues Rentenmodell“ des Bundesvorstandes der
29 Senioren-Union

30

31 **Beschluss der 14. Bundesdelegiertenversammlung:**

32 Annahme und Überweisung an die Arbeitsgruppe „Neues Rentenmodell“ des
33 Bundesvorstandes der Senioren-Union

- Annahme
- Annahme mit Änderung
- Ablehnung
- verwiesen an

Nichtbefassung

**14. Bundesdelegiertenversammlung,
03.-04.09.2012 in Recklinghausen**

Antragsteller: Landesvereinigung Hamburg



Einheitlich hohe Qualität gewährleisten

1 Die 14. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:

2 Die Senioren-Union der CDU Deutschlands bittet den Bundesvorstand der CDU
3 Deutschlands gegenüber den zuständigen Einrichtungen des Bundes und der Länder dafür
4 zu sorgen, dass im neu eingeführten Pflichtfach Palliativmedizin in der Medizin-
5 Ausbildung eine einheitliche hohe Qualität gewährleistet und analog zum Medizinstudium
6 auch in der Ausbildung des Pflegepersonals Palliativpflege und Palliativversorgung als
7 Pflichtfach verankert wird. Darüber hinaus sollte eine Weiterbildungsqualifikation in der
8 Palliativversorgung für Pflegepersonal eingeführt werden.

9
10 Auch der Auf- und Ausbau der Spezialisierten Ambulanten Palliativversorgung (SAPV)
11 schreitet in Deutschland nur langsam voran. Das Fehlen von einheitlichen Standards und
12 Vertragsregelungen führt zu regionalen Unterschieden. Es muss sichergestellt werden,
13 dass alle Patienten, die eine SAPV benötigen, diese auch erhalten können – unabhängig
14 davon ob sie im ländlichen oder städtischen Bereich wohnen.

15

16 Begründung:

17 Die Palliativmedizin ist seit 2009 in der Approbationsordnung für Medizinstudenten als
18 Pflichtfach verankert worden. Alle Medizinstudenten, die ab 2014 das Studium
19 abschließen werden, müssen also in ihrer Ausbildung Palliativmedizin vermittelt
20 bekommen haben. Allerdings ist die Qualität dieser Ausbildung, wie sie bis jetzt umgesetzt
21 wird, an den deutschen Universitäten sehr unterschiedlich. In der Pflegeausbildung ist ein
22 solches Pflichtfach noch nicht vorgesehen.

23

24 Votum der Antragskommission:

25 Annahme und Überweisung an den Bundesvorstand der CDU Deutschlands

26

27 Beschluss der 14. Bundesdelegiertenversammlung:

C 04 / 2

- Annahme
- Annahme mit Änderung
- Ablehnung
- verwiesen an

**14. Bundesdelegiertenversammlung,
03.-04.09.2012 in Recklinghausen**

Antragsteller: Landesvereinigung Hamburg

**Senioren
Union** CDU

- Nichtbefassung

***Patientenverfügungen sind verbindliche
Verpflichtungen***

- 1 **Die 14. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:**
- 2 Die Senioren-Union fordert das Bundesministerium für Gesundheit auf, durch Einführung
- 3 und Umsetzung entsprechender Maßnahmen sicherzustellen, dass die Einhaltung und
- 4 Umsetzung von Patientenverfügungen in der klinischen Versorgung gewährleistet werden.
- 5
- 6 **Begründung:**
- 7 Die Senioren-Union der CDU Deutschlands weist darauf hin, dass Patientenverfügungen
- 8 im Alltag der klinischen Versorgung in Deutschland oft nicht ausreichend berücksichtigt
- 9 werden, obwohl die rechtlichen Voraussetzungen mit der dritten Änderung des
- 10 Betreuungsrechtes in 2009 klar verankert worden sind. Hier muss durch das BMG
- 11 steuernd eingegriffen werden.
- 12
- 13 **Votum der Antragskommission:**
- 14 Ablehnung
- 15
- 16 **Beschluss der 14. Bundesdelegiertenversammlung:**
- 17 Annahme und Überweisung an den Bundesvorstand der Senioren-Union

C 04 / 3

- Annahme
- Annahme mit Änderung
- Ablehnung
- verwiesen an

Nichtbefassung

**14. Bundesdelegiertenversammlung,
03.-04.09.2012 in Recklinghausen**

Antragsteller: Landesvereinigung Hessen

**Senioren
Union** CDU

Tagesbetreuung für Pflegebedürftige

1 **Die 14. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:**

2 Der Bundesvorstand der CDU Deutschlands wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass
3 im Zuge der Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen für Pflegebedürftige, neben
4 der bestehenden medizinisch-pflegerisch ausgerichteten Tagespflege, die es auszubauen
5 gilt, auch Leistungen der Tagesbetreuung etabliert werden.

6

7 **Begründung:**

8 Durch die wachsende Gruppe der dementiell Erkrankten entsteht ein großer Bedarf an
9 „teil-stationärer“ Alltagsunterstützung und Begleitung. Neben der bestehenden
10 medizinisch pflegerisch ausgerichteten Tagespflege sollen Leistungen der
11 Tagesbetreuung, die stärker betreuerisch ausgerichtet ist, möglich werden.

12

13 Die Tagesbetreuung ist als zusätzliche Angebotsform insbesondere für Demenzkranke mit
14 geringem somatischem Pflegebedarf zu konzipieren.

15

16 Die Etablierung entsprechender Angebote und Leistungen stärkt die häusliche Pflege. Sie
17 entlastet die pflegenden Angehörigen und erleichtert ihnen die Vereinbarkeit von
18 Erwerbstätigkeit und Pflege beitragen.

19

20 **Votum der Antragskommission:**

21 Annahme und Überweisung an den Bundesvorstand der CDU Deutschlands

22

23 **Beschluss der 14. Bundesdelegiertenversammlung:**

24 Annahme und Überweisung an den Bundesvorstand der CDU Deutschlands

- Annahme
 Annahme mit Änderung
 Ablehnung
 verwiesen an

 Nichtbefassung

Antragsteller: Landesvereinigungen Hessen,
Sachsen, Nordrhein-Westfalen, Oldenburg
und Rheinland-Pfalz



***Keine Änderung der EU-Ausbildungsrichtlinie
im Bereich der Pflegeausbildung***

**14.
Bundesdelegiertenversa
mmlung,**

1 Die 14. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:

2 Der Bundesvorstand der CDU Deutschlands wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass
3 eine Änderung der „EU-Ausbildungsrichtlinie über Berufsqualifikation KOM (2011) 367“
4 vom 22. Juni 2001, nicht zustande kommt, wonach das Eingangskriterium für die
5 Ausbildung zum Pflege- und Altenpfleger(in) ab dem Jahr 2014 ein zwölfjähriger
6 Schulabschluss sein muss.

7
8 Die Senioren-Union Deutschland fordert, das bisherige Eingangskriterium (zehn
9 Schuljahre) weiterhin aufrecht zu erhalten.

10
11 Die Landesvereinigungen Sachsen, NRW, Oldenburg und Rheinland-Pfalz schließen sich
12 dem Antrag an.

13
14 **Begründung:**

15 Die Verabschiedung der EU- Richtlinie hätte gravierend nachteilige Konsequenzen für die
16 Pflege- und Altenpflegeberufe in Deutschland. Mehr als die Hälfte der Auszubildenden, die
17 heute in die Altenpflegeausbildung gehen, würden künftig von diesem Berufsbild
18 ausgeschlossen. Nach einer Studie des Landes Nordrhein-Westfalen, die als repräsentativ
19 für das gesamte Bundesgebiet bezeichnet wird hätte die Realisierung der EU-
20 Berufsanerkennungsrichtlinie zur Folge, dass man etwa 45 Prozent der heutigen
21 Auszubildenden in der Gesundheits- und Krankenpflege und in der Altenpflege sogar 85
22 Prozent aus-schließen würde. Mit einer solchen Neuregelung wäre die Versorgung
23 pflegebedürftiger Menschen äußerst gefährdet. Hinzu kommt, dass vielfach Abiturienten
24 eine Pflegeausbildung durchlaufen, weil sie ein Medizinstudium absolvieren wollen, aber
25 an dem bestehenden Numerus Clausus gescheitert sind und deswegen während der

26 Wartezeit vor der Zulassung zum Studium sich in einem Pflegeberuf ausbilden lassen.

27 Diese Absolventen werden der Altenpflege später nicht zur Verfügung stehen.

28

29 **Votum der Antragskommission:**

30 Annahme und Überweisung an den Bundesvorstand der CDU Deutschlands

31

32 **Beschluss der 14. Bundesdelegiertenversammlung:**

33 Annahme und Überweisung an den Bundesvorstand der CDU Deutschlands

C 04 / 5

- Annahme
- Annahme mit Änderung
- Ablehnung
- verwiesen an

**14. Bundesdelegiertenversammlung,
03.-04.09.2012 in Recklinghausen**

Antragsteller: Landesvereinigung Hessen

**Senioren
Union** CDU

***Anerkennung von Pflegezeiten in der
Rentenversicherung***

- Nichtbefassung

1 Die 14. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:

2 Der Bundesvorstand der CDU Deutschlands wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass
3 die häusliche Pflege von Angehörigen stärker als bisher in der Gesetzlichen
4 Rentenversicherung anerkannt wird. Die Anrechnung für Zeiten der Pflege ist der
5 Anrechnung der Zeiten der Kindererziehung anzugleichen. Die Bundesregierung wird
6 gebeten, die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen zu schaffen.

7

8 Begründung:

9 In der Bundesrepublik Deutschland erhalten etwa zwei Millionen Menschen Leistungen
10 der gesetzlichen Pflegeversicherung. Der Anteil der ambulanten Pflege bzw. von
11 Pflegegeld beträgt rund 70 Prozent. Pflegebedürftige Menschen werden vor allem zu
12 Hause oder bei Familienangehörigen betreut. Diese Entwicklung entspricht dem
13 Grundsatz „ambulant vor stationär“ und dem Ziel, pflegebedürftige Menschen solange wie
14 möglich in der ihnen gewohnten Umgebung zu versorgen.

15

16 Das neue Familienpflegezeitgesetz fördert dieses Ziel dadurch, dass pflegenden
17 Angehörigen die Chance gegeben werden kann, sich bis zu zwei Jahren und bis zu 50
18 Prozent der vereinbarten Arbeitszeit für die Pflege freistellen zu lassen, ohne dabei
19 wesentliche Einbußen bei Gehalt und den Sozialversicherungen hinnehmen zu müssen.
20 Mit diesem Gesetz werden die ambulante Pflege gestärkt und gleichzeitig Kosten für
21 Pflegekassen und Sozialträger eingespart.

22

23 Andererseits muss festgestellt werden, dass die Leistungen der pflegenden Angehörigen –
24 meist sind es Frauen – gesellschaftlich und finanziell noch nicht die gebührende
25 Anerkennung finden. Dies betrifft besonders diejenigen, die ausschließlich Angehörige
26 pflegen, ohne hierfür ein Entgelt zu erhalten.

27

28 Um die Sorgearbeit, die in der häuslichen Pflege geleistet wird, aufzuwerten und der
29 Altersarmut von pflegenden Angehörigen vorzubeugen, fordert die Senioren-Union eine
30 bessere Anerkennung im Rentensystem. Die Anerkennung von Pflegezeiten muss
31 rentenrechtlich gleichgestellt sein mit der Anerkennung von Kindererziehungszeiten.

32

33 Eine Anrechnung der Pflegezeit auf die Rente analog der Anrechnung der
34 Kindererziehungszeit würde pro Pflegejahr ein Rentenplus von 27,47 € im Westen bzw.
35 27,37 € im Osten ergeben.

36

37 **Votum der Antragskommission:**

38 Annahme und Überweisung an den Bundesvorstand der CDU Deutschlands

39

40 **Beschluss der 14. Bundesdelegiertenversammlung:**

41 Annahme und Überweisung an den Bundesvorstand der CDU Deutschlands

C 04 / 6

- Annahme
- Annahme mit Änderung
- Ablehnung
- verwiesen an

Nichtbefassung

**14. Bundesdelegiertenversammlung,
03.-04.09.2012 in Recklinghausen**

Antragsteller: Landesvereinigung Nordrhein-Westfalen

**Senioren
Union** CDU

***Abschaffung des Einheitsbetrages in der
gesetzlichen Krankenversicherung***

1 Die 14. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:

2 Der Bundesvorstand der CDU Deutschlands wird aufgefordert, sich gegenüber der
3 Bundesregierung dafür einzusetzen, dass der Einheitsbeitrag in der gesetzlichen
4 Krankenversicherung abgeschafft wird. Jede Krankenkasse sollte den Beitragssatz selbst
5 bestimmen können, entsprechend den Erfordernissen der Kasse.

6

7 Begründung:

8 Die Abschaffung des Einheitsbeitrages in der gesetzlichen Krankenversicherung entspricht
9 marktwirtschaftlicher Ordnung und freiem Wettbewerb. Sie kann ebenfalls als Instrument
10 zur Reduzierung von Verwaltungskosten dienen sowie zu wirtschaftlichem Handeln und zu
11 einem Verzicht auf unsinnige und verzichtbare Angebotsprogramme führen.

12

13 Votum der Antragskommission:

14 Annahme und Überweisung an den Bundesvorstand der CDU Deutschlands

15

16 Beschluss der 14. Bundesdelegiertenversammlung:

17 Annahme und Überweisung an den Bundesvorstand der CDU Deutschlands

C 04 / 7

**14. Bundesdelegiertenversammlung,
03.-04.09.2012 in Recklinghausen**

Annahme

Annahme mit Änderung

Ablehnung

verwiesen an

Antragsteller: Landesvereinigung Nordrhein-Westfalen



Nichtbefassung

***Teilweise Freistellung der Rentner von den
gesetzlichen Krankenkassenbeiträgen***

1 Die 14. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:

2 Der Bundesvorstand der CDU Deutschlands wird aufgefordert, sich gegenüber der
3 Bundesregierung sich dafür einzusetzen, dass der Beitragszuschlag für freiwillig und
4 gesetzlich versicherte Rentner von 0,9 Prozent wegfällt.

5

6 Begründung:

7 Bis zum Jahr 1983 waren Rentner in den gesetzlichen Krankenkassen beitragsfrei
8 versichert. Seitdem müssen sich auch Rentner mit einem Beitrag an der
9 Krankenversicherung beteiligen. Allerdings haben sich die Beiträge von 3 Prozent im Jahr
10 1984 in den letzten 21 Jahren mehr als verdoppelt und werden sich in absehbarer Zeit
11 mehr als verdreifachen.

12

13 Seit dem 1. Januar 2004 müssen Rentner auf Betriebsrenten den vollen
14 Krankenversicherungsbeitrag entrichten.

15

16 Mit Datum vom 1. Juli 2005 müssen alle Mitglieder der gesetzlichen Krankenkassen, auch
17 freiwillig und gesetzlich versicherte Rentner einen zusätzlichen Eigenanteil von 0,9
18 Prozent vom allgemeinen Beitragssatz leisten. An diesen Zusatzbeitrag beteiligen sich die
19 Rentenversicherungsträger nicht. Dadurch werden die Rentenversicherungsträger um 0,45
20 Prozent Krankenversicherungsbeitrag entlastet.

21

22 Der Beitragszuschlag von 0,9 Prozent wird insbesondere mit der Zahlung von Krankengeld
23 begründet. Rentner erhalten aber im Krankheitsfall im Gegensatz zu erkrankten
24 Arbeitnehmern kein Krankengeld. Deshalb ist diese Zusatzleistung für Rentner nicht
25 begründbar und muss daher wegfallen. Dafür setzt sich die Senioren-Union ein.

26

27 **Votum der Antragskommission:**

28 Annahme und Überweisung an den Bundesvorstand der CDU Deutschlands

29

30 **Beschluss der 14. Bundesdelegiertenversammlung:**

31 Annahme und Überweisung an den Bundesvorstand der CDU Deutschlands

C 04 / 8

**14. Bundesdelegiertenversammlung,
03.-04.09.2012 in Recklinghausen**

Annahme

Annahme mit Änderung

Ablehnung

verwiesen an

Antragsteller: Landesvereinigung Nordrhein-Westfalen



***Keine höhere Belastung der Rentner durch die
Gesundheitsreform***

Nichtbefassung

1 Die 14. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:

2 Der Bundesvorstand der Senioren-Union Deutschlands wird aufgefordert, sich gegenüber
3 der Bundesregierung dafür einzusetzen, die Finanzierung des Gesundheitswesens in der
4 Zukunft von der Höhe aller Einkommen, ohne Obergrenze und von allen Bürgern, also
5 auch von Freiberuflern und Beamten abhängig zu machen. Wir wenden uns gegen jede Art
6 von Kopfpauschalen oder Gesundheitsprämien und Zusatzbeiträgen. Alle Beiträge müssen
7 zur Hälfte von Arbeitgebern und Arbeitnehmern getragen werden. Außerdem muss die
8 Zulässigkeit von privaten Krankenkassen mit der Möglichkeit von geeigneten und
9 freiwilligen Zusatzversicherungen gewährleistet bleiben.

10

11 Begründung:

12 Da die meisten Rentner keine Steuern zahlen, schlagen bei ihnen die Beitragserhöhungen
13 voll durch. Beim Durchschnittsrentner mit 1.200 Euro Rente summiert sich die Belastung
14 2014 auf 235 Euro im Jahr. Die Bundesregierung hat den allgemeinen
15 Krankenversicherungsbeitrag von 14,9 auf 15,5 Prozent angehoben. Dadurch stieg der
16 Arbeitnehmeranteil zur Krankenversicherung auf 8,2 Prozent.

17

18 Den Anstieg der Gesundheitsausgaben sollen künftig nur die Versicherten über pauschale
19 Zusatzbeiträge tragen. Sie liegen nach vorläufigen Prognosen 2012 im Durchschnitt bei
20 acht Euro, 2013 bei zwölf Euro und 2014 bei 16 Euro. Die Bruttobelastung aller
21 Versicherten durch die Reform summiert sich bis 2014 auf 13 Mrd. Euro pro Jahr. Einen
22 Sozialausgleich gibt es erst, wenn der durchschnittliche Zusatzbeitrag zwei Prozent des
23 Einkommens übersteigt. Dies wird erst 2014 für Renten und Einkommen unter 800 Euro
24 der Fall sein.

25

26 Votum der Antragskommission:

- 27 Annahme und Überweisung an den Bundesvorstand der Senioren-Union zur weiteren
28 Beratung
29
30 **Beschluss der 14. Bundesdelegiertenversammlung:**
31 Annahme und Überweisung an den Bundesvorstand der Senioren-Union

C 04 / 9

**14. Bundesdelegiertenversammlung,
03.-04.09.2012 in Recklinghausen**

- Annahme
- Annahme mit Änderung
- Ablehnung
- verwiesen an

Antragsteller: Landesvereinigung Nordrhein-Westfalen



Gegen medizinisch unsinnige Eingriffe

- Nichtbefassung

1 Die 14. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:

- 2 Der Bundesdelegiertentag bestärkt den Bundesvorsitzenden in seiner Auffassung,
3 medizinisch unsinnige Eingriffe im Interesse der Versichertengemeinschaft abzulehnen.
4 Die Entscheidung für oder gegen eine Operation darf keinesfalls vom Lebensalter oder der
5 statistisch verbleibenden Lebenserwartung des Patienten abhängen. Eine Selektierung
6 älterer Menschen wird abgelehnt.

7

8 Votum der Antragskommission:

- 9 Erledigt durch Presseerklärung des Bundesvorsitzenden

10

11 Beschluss der 14. Bundesdelegiertenversammlung:

- 12 Erledigt durch Presseerklärung des Bundesvorsitzenden

C 04 / 10

- Annahme
 Annahme mit Änderung
 Ablehnung
 verwiesen an

**14. Bundesdelegiertenversammlung,
03.-04.09.2012 in Recklinghausen**

Antragsteller: Landesvereinigung Sachsen



***Entlastung für Angehörige von
Pflegebedürftigen***

- Nichtbefassung

1 **Die 14. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:**

2 Der Bundesvorstand der CDU Deutschlands möge sich bei den zuständigen Institutionen
3 der Länder dafür einzusetzen,

4 - dass das Angebot an Kurzzeitpflegeplätzen erhöht wird und

5 - dass die Leistungen von Tages- oder Nachtpflegen vollständig durch die Leistungen
6 der Pflegegelder gedeckt werden.

7

8 **Begründung:**

9 Durch die demographische Entwicklung und die höhere Lebenserwartung verschieben sich
10 Krankheit, Gebrechlichkeit und dementielle Erkrankungen in das höhere Lebensalter. Die
11 Übernahme von Pflege durch Angehörige wird zunehmen, und ambulante vor stationärer
12 Pflege wird in Zukunft Vorrang haben. Dazu ist die Unterstützung pflegender Angehöriger
13 notwendig. Entsprechende Beratungsangebote können überforderte Angehörige
14 unterstützen und entlasten. Es wird der Vernachlässigung, wie der Gewalt in der
15 häuslichen Pflege, vorgebeugt.

16

17 **Votum der Antragskommission:**

18 Annahme und Überweisung an den Bundesvorstand der CDU Deutschlands

19

20 **Beschluss der 14. Bundesdelegiertenversammlung:**

21 Annahme und Überweisung an den Bundesvorstand der CDU Deutschlands

C 05 / 1

- Annahme
- Annahme mit Änderung
- Ablehnung
- verwiesen an

**14. Bundesdelegiertenversammlung,
03.-04.09.2012 in Recklinghausen**

Antragsteller: Kreisvereinigung Main-Taunus

Mitgliederzeitschrift „Souverän“



- Nichtbefassung

1 Die 14. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:

2 Der Bundesvorstand der Senioren-Union wird beauftragt, die Inhalte und das
3 Erscheinungsbild des Mitgliedermagazins „souverän“ überarbeiten zu lassen.

4

5 Begründung:

6 Die Mitglieder wünschen sich kurze prägnante Informationen über möglichst viele
7 Politikfelder, dabei sollten soziale Themen nicht dominieren. Möglichst gleichrangig sollen
8 Informationen über Strukturen unseres politischen Systems, aktuelle politische Inhalte
9 und Informationen über den Entwicklungsgang politischer Prozesse berichtet werden.

10

11 Es ist dringend geboten, unseren Vertretern im Europäischen Parlament im „souverän“
12 Raum zur Berichterstattung zu geben.

13

14 Es darf nicht übersehen werden, dass ein Teil der Mitglieder der Senioren-Union nicht
15 zugleich auch CDU-Mitglieder sind. Sie werden demzufolge nicht über die verschiedenen
16 CDU-Medien erreicht.

17

18 Es ist unerlässlich, dass moderne Medien genutzt und auch für den Leser nutzbar gemacht
19 werden. Dem Leser sollen Hinweise auf entsprechende Webseiten, Links und
20 Diskussionsforen gegeben werden. Diese müssen von Fall zu Fall auch freie journalistische
21 Stellungnahmen außerhalb der CDU beinhalten können. Nur so kann lebensnahes
22 Mitwirken der älteren Generation erhalten bzw. erreicht werden.

23

24 Wenn das Magazin neben den allgemeinpolitischen Tagesthemen dem Anspruch
25 „Modernes Altersbild“ und „Nutzen des Potenzial des Alters zum Wohle der Gesellschaft“
26 gerecht wird, ist das Ziel dieses Antrags erreicht

27

28 **Votum der Antragskommission:**

29 Überweisung an den Bundesvorstand der Senioren-Union als Arbeitsmaterial

30

31 **Beschluss der 14. Bundesdelegiertenversammlung:**

32 Überweisung an den Bundesvorstand der Senioren-Union als Arbeitsmaterial

C 05 / 2

- Annahme
- Annahme mit Änderung
- Ablehnung
- verwiesen an

Nichtbefassung

**14. Bundesdelegiertenversammlung,
03.-04.09.2012 in Recklinghausen**

Antragsteller: Landesvereinigung Hamburg

***Errichtung eines Mahnmals zur Erinnerung an die
Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft***



1 Die 14. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:

2 Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird gebeten, sich für einen Beschluss des Deutschen
3 Bundestages zur Errichtung eines Mahnmals zum Gedenken der Opfer der
4 kommunistischen Gewaltherrschaft in Deutschland zwischen 1945 und 1989 in Berlin,
5 einzusetzen.

6

7 Begründung:

8 Wir halten es für an der Zeit, dass nach nunmehr fast einem Vierteljahrhundert auch in
9 Deutschland, wie in Staaten des ehemaligen Ostblocks, die unter der zerstörerischen
10 Macht des kommunistischen Herrschaftssystems gelitten haben, eine würdige
11 Gedenkstätte errichtet wird, die an die Opfer des Kommunismus zwischen 1945 und 1989
12 erinnert.

13

14 Votum der Antragskommission:

15 Annahme und Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion

16

17 Beschluss der 14. Bundesdelegiertenversammlung:

18 Annahme und Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion

C 05 / 3

**14. Bundesdelegiertenversammlung,
03.-04.09.2012 in Recklinghausen**

Annahme

Annahme mit Änderung

Ablehnung

verwiesen an

Antragsteller: Landesvereinigung Nordrhein-Westfalen



Deutsche Diktaturen im Schulunterricht

Nichtbefassung

1 **Die 14. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union bittet den**
2 **Bundevorstand der CDU, diesen Antrag an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die**
3 **Fraktionen der CDU in den Landtagen weiterzuleiten:**

4 Angesichts wachsender Unkenntnis und fehlender Sensibilisierung in Bezug auf totalitäre
5 Herrschaftsformen des 20. Jahrhunderts sollte die Auseinandersetzung mit

6 - den Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes sowie

7 - der Theorie und Praxis kommunistischer Herrschaft in der SBZ und DDR

8 zum verpflichtenden Anteil in der schulischen Bildung werden, um damit ein Mindestmaß
9 an zeitgeschichtlichen Kenntnissen zu vermitteln und Heranwachsende gegen die
10 Versuchungen diktatorischer Macht zu immunisieren.

11

12 **Begründung:**

13 Gerade als Zeitzeugen der jüngeren deutschen Geschichte sehen sich die Mitglieder der
14 Senioren-Union in der Pflicht, die Ziele radikaler und demokratiefeindlicher Gruppen der
15 Vergangenheit und Gegenwart bloßzustellen und damit einen Beitrag zum Schutz unseres
16 geeinten Vaterlandes vor Extremisten von links und rechts zu leisten.

17 Wir müssen widersprechen, wenn es heißt, die Vergangenheit solle ruhen. Das sind wir
18 nicht nur den Opfern, sondern auch den nachfolgenden Generationen schuldig. An die
19 Vergangenheit erinnern wir nicht in erster Linie um der Vergangenheit, sondern um der
20 Zukunft willen. Ziel ist, jungen Menschen Maßstäbe und Orientierung zu vermitteln. Die
21 fächerübergreifende Aufklärung über die Weltanschauungsdiktaturen des 20.
22 Jahrhunderts sollte dabei eng mit der Vermittlung freiheitlich-demokratischer Werte
23 verknüpft sein.

24

25 Die Senioren-Union empfiehlt dazu:

- 26 1. Im Unterricht Zeitzeugenberichte, Gedenktage und authentische
27 Dokumentationen zur Vergegenwärtigung der jüngeren deutschen Geschichte zu
28 nutzen
- 29 2. Verpflichtende Besuche von Schülern in zentralen und regionalen Gedenkstätten,
30 Opferinitiativen und Erinnerungsorten der NS-Zeit und der kommunistischen
31 Diktatur vorzusehen
- 32 3. Projektveranstaltungen, Schülerwettbewerbe und gemeinsame Aktivitäten von
33 Schulen aus den „alten“ und „neuen“ Bundesländern zu veranstalten, um dadurch
34 die innerdeutsche Kommunikation zu fördern
- 35 4. Die Kultus- und Bildungsminister der Länder sollten sich dafür einsetzen, dass
36 diesen Empfehlungen in Curricula, in Lehr- und Lernmitteln für den Unterricht
37 sowie im Rahmen der Lehreraus- und -fortbildung Rechnung getragen wird
- 38 5. Die Schulen sollten die Angebote der „Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-
39 Diktatur“ sowie des Bundesbeauftragten und der Landesbeauftragten für die Stasi-
40 Unterlagen nutzen

41

42 Durch ein verantwortungsbewusstes Handeln im Sinne dieser Empfehlungen können
43 wir bei jungen Menschen das Bewusstsein für die Gefahren stärken, die der Freiheit,
44 der Demokratie und dem Rechtsstaat drohen. Denn eine zentrale Voraussetzung für
45 das „Nie wieder!“ ist die offene und ehrliche Auseinandersetzung mit unserer
46 Vergangenheit.

47

48 Anlage:

49 **Inhaltliche Empfehlung zum Themenkomplex „Theorie und Praxis der**
50 **kommunistischen Herrschaft in SBZ und DDR“**

51

52 Grundsätzlich gilt für den Unterricht zum Themenkomplex, dass er nicht umfassend
53 und detailliert durchgeführt werden kann, sondern sich auf wesentliche Aspekte
54 beschränken muss. Zwei Ausgangspunkte müssen in den Blick genommen werden.

- 55 - Zum einen die Situation Europas im Jahr 1945: Die Folgen der
56 nationalsozialistischen Herrschaft mit ihren Grundlagen in der Weimarer Republik
57 sowie der Niederlage Hitler-Deutschlands im Zweiten Weltkrieg. So wird die
58 Entstehung eines zweiten deutschen Staates, dessen Rivalität zur Bundesrepublik
59 Deutschland und sein Scheitern verständlich.

60 - Zum anderen: Ideologie, Herrschaftsanspruch und Herrschaftspraxis der
61 marxistisch-leninistischen Parteien des früheren Ostblocks. Im Fokus der
62 inhaltlichen Auseinandersetzung sollte zunächst die Theorie des Marxismus-
63 Leninismus stehen, um zu verdeutlichen, dass die sozialistische Staatenwelt
64 Osteuropas von einer in der Sowjetunion seit der Oktoberrevolution praktizierten
65 Utopie und den Versuchen ihrer Umsetzung geprägt war. Einzelphänomene der
66 Wirtschafts-, Sozial, Kultur- oder Sportpolitik sowie zahlreiche alltägliche Probleme
67 sind ohne die ideologischen und am sowjetischen Vorbild orientierten
68 Voraussetzungen nicht verständlich. Der totalitäre Anspruch der Ideologie selbst,
69 aber auch die gewaltige Diskrepanz zwischen der politischen Vision und der
70 gesellschaftlichen Wirklichkeit müssen als Ursache des Scheiterns in den Blick
71 genommen werden.

72

73 Unterricht kann sich beziehen auf:

74 **a.) Zentrale historisch-ideologische Begriffe**

75 - Marxismus-Leninismus, die Lehre von den Gesetzmäßigkeiten der geschichtlichen
76 Entwicklung, Folge der Gesellschaftsformationen bis zur „klassenlosen
77 Gesellschaft“

78 - Klassenkampf, Klassenfeind

79 - Partei neuen Typs, Kaderpartei, Avantgarde der Arbeiterklasse, „demokratischer
80 Sozialismus“ mit den Prinzipien Wählbarkeit, Rechenschaftspflicht, Parteidisziplin,
81 Kritik und Selbstkritik, Verbot der Fraktionsbildung, Unfehlbarkeit der Partei

82 - Nomenklatur (Verzeichnis aller Führungspositionen in Staat und Gesellschaft)

83 - Der Staat als Herrschaftsinstrument der SED, Diktatur des Proletariats,
84 Gewalteneinheit statt Gewaltenteilung, Blockparteien und
85 Scheinparlamentarismus, Missachtung der Menschenrechte (Vereinigungs-freiheit,
86 Freiheit der Berufswahl, Freizügigkeit, Auswanderung, Informations-freiheit,
87 Meinungsfreiheit); stattdessen gleichgeschaltete Presse, Funk und Fernsehen,
88 unentwegte ideologische Bevormundung, Verbot des Konsums von TV-Sendungen
89 kapitalistischer Länder, Klassenjustiz statt unabhängiger Justiz als dritter Gewalt im
90 Staat

91 - Besonderheiten von Wahlen in totalitären Staaten („Nationale Front“ und
92 Blockparteien)

- 93 - Abhängigkeit der DDR von der Sowjetunion und Stellenwert von „Brudervolk/
94 Bruderpartei“ im Alltag
- 95 - Plan- bzw. Zentralverwaltungswirtschaft, Fünfjahrpläne, keine offizielle
96 Arbeitslosigkeit, Vorgaben durch Kennziffern, Rat für Gegenseitige
97 Wirtschaftshilfe, Comecon
- 98 - Erziehungsdiktaturen und ihre Leitbilder („nationalsozialistische/sozialistische
99 Persönlichkeit“)
- 100 - Massenorganisationen totalitärer Staaten im Dienste der Erziehungsdiktatur (HJ,
101 RAD, Jungpioniere, FDJ, GST etc.)
- 102

103 **b.) historische Voraussetzungen, Ereignisse und Entwicklungen**

- 104
- 105 - Okkupation weiter Gebiete Ost-, Südost- und Mitteleuropas durch die Sowjetunion
106 mit dem Ziel, ein System von ideologisch ausgerichteten Satellitenstaaten zu
107 errichten
- 108 - Bodenreform, Zwangskollektivierung der Landwirtschaft und Enteignung von
109 privaten Betrieben und Unternehmen
- 110 - Personenkult um politische Führungskräfte
- 111 - Volksaufstand vom 16./17. Juni 1953
- 112 - Unterscheidung der Sicherheitsdienste totalitärer Staaten und demokratisch
113 kontrollierter Polizei und Nachrichtendienste der Gegenwart
- 114 - Fluchtbewegungen und Abstimmung mit den Füßen, Verlust qualifizierter
115 Arbeitskräfte
- 116 - Bau der Berliner Mauer ab 13.08.1961, Schießbefehl, Tote an der Mauer und der
117 innerdeutschen Grenze
- 118 - Zentrale Beweismittel- und Dokumentationsstelle der Landesjustiz-verwaltungen
119 in Salzgitter
- 120 - Niederschlagen des „Prager Frühlings“ am 21. 08. 1968
- 121 - Neue Ostpolitik, „Wandel durch Annäherung“, Grundlagenvertrag, Anerkennung
122 der DDR; verschärfte Abgrenzung der DDR-Führung, Zwei-Staaten-Theorie“, eigene
123 Staatsbürgerschaft der DDR, Unterdrücken des Begriffs Deutschland der DDR
124 (Hymne)
- 125 - Häftlingsfreikauf, innerdeutscher Menschenhandel und Devisenbeschaffung

- 126 - Reiseerleichterungen für DDR-Bewohner/Transferleistungen der Bundesrepublik
- 127 - Honeckers „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“: niedrige Mieten, billige
- 128 Grundnahrungsmittel, billige Krippenplätze, günstige Familiendarlehen, niedrige
- 129 Nahverkehrstarife, emanzipierte Frauen im Berufsleben, viel Kaufkraft in der
- 130 Bevölkerung; im Gegensatz dazu: mangelhaftes Warenangebot, steigende
- 131 Verschuldung der DDR in den westlichen Staaten, Anspruch der Sowjetunion auf
- 132 Devisen für Rohstofflieferungen
- 133 - Schatten- und Tauschwirtschaft, DM als zweite Währung in der DDR, zunehmender
- 134 Verfall der Innenstädte und Wohnquartiere, alternde Produktionsanlagen
- 135 - Kirchen als soziales Ventil, Friedensbewegung, Jugendbewegung (Rockmusik),
- 136 Umweltbewegung und Nischengesellschaft, Rückzug ins Private
- 137 - Verstärkte Ausreisewelle als Symptom der Krise
- 138 - Wahlfälschungen im Mai 1989
- 139 - Öffnung der Grenze in Ungarn im September 1989
- 140 - Montagsdemonstrationen, vor allem in Leipzig und Berlin, Bürgerrechtsbewegung
- 141 - Vielfältige Formen von Opposition und Widerstand
- 142 - Friedliche Revolution, Öffnung der innerdeutschen Grenze am 9. November 1989
- 143 - Freie Wahlen am 18. März 1990
- 144 - Deutsche Einheit am 3.10.1990
- 145 - Transformationsprozess der Vereinigung: der lange Weg zur Einheit

146
147 Die genannten Aspekte systematisch und erschöpfend aufzuarbeiten, wird aus
148 zeitlichen, aber auch aus lernpsychologischen Gründen nur schwer möglich sein. Die
149 Pädagogen sollten in Absprache mit Schülerinnen und Schülern Schwerpunkte setzen,
150 für die lokale Anknüpfungspunkte besonders empfehlenswert sind. Dies gilt
151 insbesondere in den jungen Bundesländern (ländliche Regionen und Kollektivierung
152 der Landwirtschaft; Schwerindustrie und die Funktionsweise von Kombinat). Auch in
153 methodischer Hinsicht sollte der Unterricht durch Methodenvielfalt geprägt sein und
154 den eingangs genannten Empfehlungen entsprechen.

155

156 **Votum der Antragskommission:**

157 Annahme und Überweisung den Bundesvorstand der CDU Deutschlands, an die CDU/CSU-
158 Bundestagsfraktion und die Fraktionen der CDU in den Landtagen

- 159
- 160 **Beschluss der 14. Bundesdelegiertenversammlung:**
- 161 Annahme und Überweisung den Bundesvorstand der CDU Deutschlands, die CDU/CSU-
- 162 Bundestagsfraktion und die Fraktionen der CDU in den Landtagen

C 05 / 4

- Annahme
- Annahme mit Änderung
- Ablehnung
- verwiesen an

Nichtbefassung

**14. Bundesdelegiertenversammlung,
03.-04.09.2012 in Recklinghausen**

Antragsteller: Kreisvereinigung Solingen



***Für die christlichen Wurzeln eintreten und
bürgerlich/konservative Werte schützen***

1 Die 14. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:

- 2 1. Die christlichen Wurzeln bewahren und gegen die Aushöhlungsversuche insbesondere
- 3 von linken Meinungsbildnern und Medien verteidigen
- 4 2. Für die bevorzugte Stellung der „Normalfamilie“ mit Vater, Mutter und Kindern in der
- 5 Gesellschaft kämpfen

6

7 Begründung:

8 zu 1

9 In öffentlichen Einrichtungen wurden und werden immer mehr Kreuze abgehängt. Der
10 katholische/evangelische Religionsunterricht wird immer öfter infrage gestellt und durch
11 Ersatzfächer wie den Ethikunterricht verdrängt. Die Kirche und das Papsttum wird in den
12 Medien immer unverschämter verunglimpft und immer mehr ethische Grenzen
13 überschritten, ohne dass die Meinungsbildner dieses Landes reagieren. (Beispiel:
14 Darstellung des Papstes als Inkontinenter oder die ständigen Attacken der WDR
15 Kabarettisten gegen den Kardinal Meissner).

16

17 zu 2

18 Familien, die ihre Babys und Kleinkinder in der Obhut und Erziehung ihrer Mütter
19 belassen, werden als unmodern und rückschrittlich abgestempelt, Horterziehung dagegen
20 als der zeitgemäße Normalfall angesehen. Das für die häusliche Betreuung vorgesehene
21 Erziehungsgeld wird als „Herdprämie“ diskreditiert.

22

23 Gleichgeschlechtliche Partnerschaften werden gesellschaftlich immer stärker
24 herausgehoben und der Ehe gleichgestellt. Die besondere finanzielle Förderung der
25 Familie mit Kindern gerät dabei immer mehr aus dem Blickfeld. Die nächste Position die

26 dabei geschleift werden soll, ist die finanzielle Gleichstellung auch beim steuerlichen
27 Ehegatten-Splitting.

28

29 **Votum der Antragskommission:**

30 Überweisung an den Bundesvorstand der Senioren-Union

31

32 **Beschluss der 14. Bundesdelegiertenversammlung:**

33 Annahme und Überweisung an den Bundesvorstand der Senioren-Union

C 05 / 5

- Annahme
- Annahme mit Änderung
- Ablehnung
- verwiesen an

**14. Bundesdelegiertenversammlung,
03.-04.09.2012 in Recklinghausen**

Antragsteller: Kreisvereinigung Solingen



Finanzierungsvorschläge

Nichtbefassung

1 Die 14. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:

- 2 1. Einführung einer Luxussteuer auf Luxusprodukte
- 3 (Edelkarossen, Yachten, Luxusuhren und Schmuck usw.)
- 4 2. Wiedereinführung einer Vermögenssteuer mit entsprechenden Freibeträgen für
- 5 kleinere Vermögen und Firmenvermögen
- 6 3. Höhere Besteuerung von Großeinkünften über 200.000 € / p.a.

8 Begründung:

9 Viele Anträge, die Kosten verursachen, werden mit dem Hinweis auf die fehlenden Mittel
10 abgelehnt.

11
12 Andererseits gibt es Bevölkerungsgruppen, die in der Vergangenheit stetig ihre finanzielle
13 Stellung innerhalb der Gesellschaft verbessern konnten.

14
15 Sie sollten auch im Sinne einer christlichen Gemeinschaft zu mehr Solidarität gedrängt
16 werden und einen höheren Beitrag für die Benachteiligten der Gesellschaft leisten.

17
18 Damit wird ein weiteres Auseinanderdriften zwischen Arm und Reich verhindert, das eine
19 Gesellschaft in ungesunder Weise spaltet und Konflikte hervorruft.

21 Votum der Antragskommission:

22 Ablehnung

24 Beschluss der 14. Bundesdelegiertenversammlung:

25 Ablehnung

C 05 / 6

- Annahme
- Annahme mit Änderung
- Ablehnung
- verwiesen an

**14. Bundesdelegiertenversammlung,
03.-04.09.2012 in Recklinghausen**

Antragsteller: Kreisvereinigung Solingen



Retten der Friedhofskultur

- Nichtbefassung

1 Die 14. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:

- 2 1. Wiedereinführung des Sterbegeldes bei den Krankenkassen
- 3 2. Deckelung der kommunalen Friedhofsgebühren

5 Begründung:

6 Die Kosten für Beerdigungen haben durch ständig steigende Friedhofsgebühren und
7 Verteuerung der Grabstätten ein Niveau erreicht, dass sich ärmere Mitbürger keine
8 Erdbestattung – auch nicht im Reihengrab – mehr leisten können. Andererseits wollen sie
9 auch ihre Nachkommen nicht mit diesen hohen Kosten belasten.

10
11 Die Folge: Die christliche Friedhofskultur verarmt zusehends. Es breiten sich immer stärker
12 anonyme Urnenfelder und eintönige Urnengräberreihen aus, die die Gedenkareale für die
13 Verblichenen ökonomisch auf kleinstem Raum verdichten. Andererseits bleiben viele
14 Gräberareale unbelegt bzw. werden nach dem Ablauf nicht mehr verlängert, einfach weil
15 sie zu teuer geworden sind. Damit verlieren unsere Friedhöfe, die bei fast allen Völkern ein
16 zentrales Kulturelement der Gesellschaft darstellen – in unserem Land immer mehr ihr
17 Gesicht.

18
19 Die Ehrung ihren Toten und ihre würdige Bestattung ist ein zentrales Element einer
20 christlich geprägten Gemeinschaft. Jeder Mensch – auch der Ärmste - muss als letzten
21 Dienst der Gesellschaft – so er es denn will - die Möglichkeit auch einer Erdbestattung
22 bekommen können.

24 Votum der Antragskommission:

25 Ablehnung

27 Beschluss der 14. Bundesdelegiertenversammlung:

14. Bundesdelegiertenversammlung,
03.-04.09.2012 in Recklinghausen

- Annahme
- Annahme mit Änderung
- Ablehnung
- verwiesen an

Antragsteller: Landesvereinigung Baden-Württemberg



Erhalt des Ehegattensplittings

- Nichtbefassung

1 **Die 14. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:**

2

3 Die Senioren-Union der CDU Deutschlands steht für den Erhalt des steuerlichen
4 Ehegattensplittings in der bisher gültigen gesetzlichen Ausformung

5

6 **Begründung:**

7 Gemäß Art. 6 Abs. 1 GG stehen Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz der
8 staatlichen Ordnung. Darunter fällt auch das Ehegattensplitting als wesentlicher
9 Bestandteil.

10

11 Grüne und SPD wollen die in ihren Parteiprogrammen festgeschriebene Abschaffung des
12 Ehegattensplittings erreichen. Die Diskussion hierüber wird auch in der CDU und CSU
13 kontrovers geführt. Dabei wird ein Familiensplitting ins Gespräch gebracht.

14

15 Bei Abschaffung des Ehegattensplittings würden insbesondere kinderlose Ehen und Ehen,
16 in denen die Kinder nicht mehr im Haushalt leben, nicht mehr wie bisher gemeinsam zur
17 Einkommenssteuer veranlagt, sondern beide getrennt als Singles. Ehen, in denen die
18 Ehefrau aufgrund der Führung des gemeinsamen Haushalts und der Kinderbetreuung über
19 keine oder nur über eine geringe Rente verfügt, würden hierdurch Einkommenseinbußen
20 bis zu mehreren 100 € monatlich je nach Höhe der Rente/Pension und sonstigem
21 Einkommen des Ehemannes erleiden. Die finanzielle Lebens- und Altersvorsorge einer
22 großen Bevölkerungsgruppe der Senioren und älteren Arbeitnehmer wäre durch einen
23 Entfall des Ehegattensplittings stark beeinträchtigt.

24

25 **Votum der Antragskommission:**

26 Annahme

27

28 **Beschluss der 14. Bundesdelegiertenversammlung:**

29 Annahme

- Annahme
- Annahme mit Änderung
- Ablehnung
- verwiesen an

14. Bundesdelegiertenversammlung,
03.-04.09.2012 in Recklinghausen

Antragsteller: Kreisvereinigung Düren-Jülich



Abschaffung der Praxisgebühr

- Nichtbefassung

1 **Die 14. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:**

2

3 Dass die CDU sich dafür einsetzt, dass die Praxisgebühr in der jetzigen Form abgeschafft
4 wird.

5

6 **Begründung:**

7 1. Ärzte und Krankenhäuser klagen heftig darüber, dass mit der Erhebung und
8 Verwaltung der Praxisgebühr ein erheblicher Mehraufwand verbunden ist.

9

10 2. Ärzte und Krankenhäuser klagen darüber, dass es im zunehmenden Maße Probleme
11 bereitet, von manchen Patienten die Gebühr „einzutreiben“. Besonders schwierig
12 sei dies bei Notfallpatienten.

13

14 3. Die CDU muss erkennen, dass der Personenkreis, der in besonderer Weise auf
15 häufige Arztbesuche angewiesen ist, die Senioren sind. Die sinkende Bereitschaft
16 vieler Senioren die CDU zu wählen, hat auch etwas mit der Seniorenpolitik der CDU
17 zu tun. Hier müsste die CDU ein Zeichen setzen und nicht das Feld politischen
18 Mitbewerbern überlassen.

19

20 4. Die bei der Einführung der Praxisgebühr erhoffte Steuerungswirkung der Frequenz
21 der Arztbesuche ist nicht eingetroffen.

22

23 5. Gerade chronisch Kranke mit niedrigem Einkommen verschieben an sich
24 notwendige Arztbesuche, um die Praxisgebühr einzusparen. Dies ist nicht zu
25 verantworten.

26

27 **Votum der Antragskommission:**

28 Annahme und Überweisung an den Bundesvorstand der CDU Deutschlands

29

30 **Beschluss der 14. Bundesdelegiertenversammlung:**

31 Annahme und Überweisung an den Bundesvorstand der CDU Deutschlands

14. Bundesdelegiertenversammlung,
03.-04.09.2012 in Recklinghausen

- Annahme
 Annahme mit Änderung
 Ablehnung
 verwiesen an

Antragsteller: Landesvereinigung Nordrhein-Westfalen



- Nichtbefassung

**Pläne der Bundesregierung zur Zuschussrente
unterstützen**

1 **Die 14. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:**

2

3 Die Senioren-Union der CDU Deutschlands fordert die CDU Deutschlands dazu auf, die
4 Zielsetzung der Zuschussrente von Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen MdB zu
5 unterstützen und einen entsprechenden Bundesvorstandsbeschluss umgehend
6 herbeizuführen.

7

8 Gleichzeitig wird die Bundestagsfraktion der CDU gebeten, eine Regelung herbeizuführen,
9 in der Einkünfte aus Erwerbstätigkeit, von Hartz-IV-Empfängern und Renteneinkünfte bei
10 der Gewährung von Grundsicherung gleichermaßen Berücksichtigung finden.

11

12 **Begründung:**

13 Die Argumentation, die Zuschussrente würde das Grundprinzip des
14 Rentenversicherungssystems durchbrechen, ist falsch. Es gibt längst Faktoren, die das
15 System der Rente in Deutschland „durchbrochen“ haben, wie z.B. den Riesterfaktor, die
16 Krankenversicherung für Rentnerinnen und Rentner oder die Besteuerung von Renten.

17

18 Bei der Einführung der Rentenversicherung war es richtig, auf das Äquivalenzprinzip zu
19 setzen und damit die Höhe der Altersbezüge an den eingezahlten Beiträgen zu orientieren.

20 Durch den künftig deutlichen Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen, die starke Zunahme
21 der Zahl der Rentnerinnen und Rentner und eine wachsende Zahl derer, die keine
22 lückenlose Erwerbsbiografie haben, ist es notwendig, die rentenpolitischen Weichen und
23 damit den Generationenvertrag ein Stück weit neu zu justieren. Diese Forderung ist auch
24 Bestandteil des CDU-Grundsatzprogramms.

25

26 Darin spricht sich die CDU u.a. dafür aus, den Generationenvertrag auf eine neue, stabile
27 Basis zu stellen, die den jüngeren Menschen eine sichere Lebensplanung ermöglicht und
28 Älteren ein hohes Maß an Verlässlichkeit bietet. Daran orientiert sich die Zuschussrente.
29 Die gesetzliche Rentenversicherung wird künftig – auch nach der Einführung der
30 Zuschussrente – einen spürbaren Bezug zur Beitragsleistung aufweisen.

31

32 Was wir brauchen, ist ein Rentenmodell, das Leistung belohnt und ein Rentenniveau für
33 alle Bürgerinnen und Bürger ermöglicht, das ein Mindestmaß an Lebensstandard im Alter
34 sichert. Entscheidend für die Akzeptanz unseres Rentenversicherungs-systems wird sein,
35 ob wir Altersarmut bei denen, die ein Leben lang fleißig gearbeitet, in die Rentenkasse
36 eingezahlt, zusätzlich vorgesorgt und Kinder erzogen haben, in Zukunft verhindern
37 können. Unser Rentensystem muss für alle verlässlich und gerecht bleiben. Es ist deshalb
38 richtig, Geringverdiener stärker in den Blick zu nehmen und ihnen die Möglichkeit zu
39 eröffnen, dass sie trotz kleiner Einkommen später eine Rente erhalten, die oberhalb der
40 Grundsicherung liegt. Leistung muss sich lohnen: Wer ein Leben lang gearbeitet hat, darf
41 am Ende nicht eine Rente in Höhe der Grundsicherung erhalten.

42

43 Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat vor
44 kurzem darauf hingewiesen, dass in Deutschland trotz höherer Renten die Gefahr von
45 Altersarmut tendenziell wachsen wird. Die OECD begründet das mit der engen Bindung
46 von Leistungen an Beiträge. Auch vor diesem Hintergrund ist die Zuschussrente ein Schritt
47 in die richtige Richtung.

48

49 Wer das „C“ in der CDU ernst nimmt, muss sich für die Würde des Menschen einsetzen,
50 vom Beginn bis zum Ende seines Lebens. Die Zuschussrente dient nicht dazu,
51 Versäumnisse eines Arbeitslebens auszugleichen, sondern dazu, dass auch
52 Geringverdiener in Würde altern können.

53

54 Trotz aller Bemühungen werden insbesondere ältere Rentnerinnen und Rentner, weil die
55 Voraussetzungen fehlen, nicht in den Genuss dieser Zusatzrente kommen können. Für
56 diese Menschen sind Regelungen zu schaffen, die es ihnen ermöglichen, bei identischen
57 Erwerbs- und Renteneinkünften über Bargeld in gleicher Höhe verfügen zu können.

58

59 Es entspricht nicht unserem Gerechtigkeitsempfinden, wenn ein alleinstehender Hartz-IV-
60 Empfänger mit € 400,00 Erwerbseinkommen sowie unter Berücksichtigung seines damit
61 verbundenen Aufwandes € 160,00 mehr in der Tasche hat, als eine Rentnerin, die über
62 € 400,00 Rente verfügt und deshalb Grundsicherung beantragen muss.

63

64 **Votum der Antragskommission:**

65 Annahme mit folgender Änderung: In Zeile 5 wird hinter „...von der Leyen MdB...“ das Wort
66 „grundsätzlich“ eingefügt

67

68 **Beschluss der 14. Bundesdelegiertenversammlung:**

69 Annahme mit folgender Änderung: In Zeile 5 wird hinter „...von der Leyen MdB...“ das Wort
70 „grundsätzlich“ eingefügt